

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück=Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Aufnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die fliegende Kolonelle oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen werden nach Erlebigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: **Mitverband Bochum.**

Telephon-Nummern: **Langstr. 80, Vorhand 98.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.**
Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Biemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Dokumente zur Naturgeschichte des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter.

Das bekannte 30 000 Mark-Flugblatt soll die Niederlage des Gewerkvereins bei den allgemeinen Knappschaftswahlen im Jahre 1904 herbeigeführt haben. In allen Lesarten wird diese Behauptung vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter und von ihm befreundeten Organen in die Welt hinausgeschrien. Das der Vorstand des Bergarbeiterverbandes auch dagegen anführen hatte, alles war und ist für die „Christlichen“ Luft, man bleibt dabei, der Gewerkverein habe durch das 30 000 Mk.-Flugblatt die Niederlage erlitten!

Zum Ueberfluß stellen wir hier nochmals fest:
1. daß das 30 000 Mark-Flugblatt seinerzeit in den wenigsten Zahlstellen des Ruhrbeckens zur Verteilung gelangt ist; der Verbandsvorstand hat noch früh genug die Verbreitung des Flugblatts in den meisten Orten zu verhindern gewußt.
2. Wenn die Niederlage des Gewerkvereins von 1904 auf das Konto des 30 000 Mk.-Flugblatts gesetzt wird, wer hat dann die Niederlagen des Gewerkvereins bei den Nachwahlen und bei den jetzt stattgefundenen Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrbecken verschuldet? Wenn das Flugblatt absolut mit zur Beurteilung dieser Niederlagen herangezogen wird, dann kann es nur so sein, daß sich die Bergarbeiter von der widerlichen Ausschächtung des 30 000 Mk.-Flugblatts durch den Gewerkverein angeekelt fühlen und dem Gewerkverein dafür die Siebe gaben, die er bei fast allen Wahlen der letzten Jahre im Ruhrbecken erhalten hat.

Ferner weiß man nicht genug in die Welt hinauszuposaunen, daß der Verbandsvorsitzende Sache zwei Tage vor der Wahl um das Flugblatt wußte und statt Aufklärung zu schaffen, Erklärungen abgab, die geeignet waren, die Wirkung des Flugblatts gar noch zu verstärken!

Sache hat gar keinen Zweifel darüber gefaßt, daß er und der Vorstand das Flugblatt beurteilten und er hat sofort, als er von dem Flugblatt Kenntnis erhielt, Schritte unternommen, um der Wirkung des Flugblattes die Spitze zu brechen!

Das ist ihm gelungen. Sache hat mehr getan, um dem Flugblatt die Spitze zu brechen, als was jemals unsere Gegner tun würden, wenn es sich um Flugblätter gegen die Verbandsführer handelte. Beweis: die Haltung des christlichen Gewerkvereins anlässlich der Verbreitung des bekannten anonymen Zirkulars gegen Bokorny! Hier ist festgestellt, daß die christlichen Gewerkvereinsführer Kühne und Spürkel mit dazu beigetragen haben, daß das infame Zirkular Verbreitung fand!!!

Als es dem Verbands gelang, die Verbreiter des Zirkulars zu fassen, da benahm sich der „Bergknappe“ derartig, daß Bokorny in der „Bergarbeiter-Zeitung“ öffentlich den Verfasser der verschiedenen Subelartikel einen moralisch verkommenen Durcheinander und chloren Trottel nannte, ohne daß sich der so bezeichnete aus seinem Schlupfwinkel hervorwagte!!

Was hätte nun aber noch Sache tun sollen? Er hat in Erklärungen noch früh genug vor den Wahlen ausgesprochen, daß die Bergarbeiter sich mit der Verbreitung des 30 000 Mark-Flugblattes nicht strafbar machen sollten, da sein Inhalt, daß „Brust Bestechungsgelder erhalten habe, sicher nicht wahr, mindestens aber nicht beweisbar ist!“ „Wir bitten“ — so heißt es weiter — „dringend um Beiseitelegung dieser Zettel“ (30 000 Mark-Flugblatt), mit welchen uns (dem Verband) nur Schaden zugefügt werden soll. Wenn das wahr ist, was der Zettel enthält, dann mag das (christliche) Vorstandsmitglied selbst für Verbreitung sorgen, mindestens aber seinen Namen hergeben!!

Sache war vom Verfasser des Flugblattes gesagt worden, daß der Vorwurf der Bestechung von einem christlichen Vertrauensmann ausgegangen sei. Sache konnte also nicht mit Bestimmtheit wissen, ob in der Tat Bestechung vorlag oder nicht! Als vorsichtiger Mann warnte er vor Verbreitung und stellte auch den Inhalt als „sicher nicht wahr“, mindestens „als nicht beweisbar“ hin. Mehr zu tun, war nicht nötig, am allerwenigsten in einer Zeit, wo eine christliche Verleumdung nach der andern auf den Verband niederprasselte. Aber was wir zum Ausdruck heute bringen wollen, ist, daß eine eventuelle Bestechung Brust's selbst von Gewerkvereinsführern geglaubt worden ist!

Als das Flugblatt der Gewerkvereinsleitung bekannt wurde, war man in der Gewerkvereinsführung ganz verduht und die bisherige Haltung Brust's ließ bei christlichen Führern den Verdacht aufsteigen, daß doch etwas Wahres an der Sache sein könnte!!! Diese Tatsache ist uns aus dem Munde von Leuten, die es wissen, bekannt geworden. Doch kommen wir zu der Hauptfrage:

Wer und was hat die Niederlage des Gewerkvereins bei den Knappschaftswahlen im Jahre 1904 verschuldet?

Das 30 000 Mark-Flugblatt war es nicht, das haben wir oben gezeigt. Aber Aufklärung über die Ursache der Niederlage und über andere interessante Dinge gibt uns

eine Geheimkonferenz christlicher Gewerkvereinsführer,

die am 24. Juni 1905 anlässlich der Generalversammlung des Gewerkvereins in Oberhausen stattfand, Aufschluß.

In dieser Konferenz ist ausgesprochen worden, daß diese Niederlage des christlichen Gewerkvereins verschuldet wurde durch die wüsten Beschimpfungen auf den Bergarbeiterverband durch Brust und den „Bergknappen“, durch die christlichen Flugblätter, wie sie vor den Knappschaftswahlen im Jahre 1904 gegen den Verband herausgegeben wurden!!!

Christliche Redner führten auf dieser Konferenz aus, daß „**Brust Flugblätter losgelassen hat, die den Namen Schandflugblätter verdienen**“, daß ferner

die Brustischen Flugblätter dem Gewerkverein die Niederlage gebracht haben!

und daß weiter der Inhalt der Gewerkvereinsflugblätter ein solcher war, daß man

Brust nicht mehr für geistig normal, für verrückt erklärte!

Einer der Konferenzteilnehmer teilte mit, daß die christlichen Zahlstellen sich geweigert hätten, das Flugblatt zu verbreiten. Ein anderer Delegierter erklärte:

„**Meine Knochen sind mir lieber wie Brust'se Flugblätter!**“

„Anständige Menschen,“ führte man weiter aus, „schrieben nicht solche Flugblätter!“ Sie haben den Gewerkverein furchtbar geschädigt.

„Schon längst hätte man seine (Brust's) Entsetzung vor sich gehen lassen müssen.“

Der heutige Vorsitzende Köster erklärte, daß Brust den Gewerkverein wohl als ein Zuchthaus angesehen habe! Weiter hieß es, Brust müsse absolut aus dem Gewerkverein entfernt werden mit oder ohne Pension. Und doch hat, wie sich in der Konferenz herausstellte,

Brust nur im Auftrag „hoher Herren“ 1904 so gegen den Verband gewütet!!!

Das läßt tief blicken. Vielleicht waren es sogar die „dicken Zentrumsbarone“, die Brust erst verdorben haben!! Dann hat der Mann auf der Konferenz, der solches behauptete, nicht unrecht gehabt! Oder wo sind die hohen Herren zu suchen? Brauns lehnte für die W.-Gladbacher ab, Brust inspiriert zu haben. Waren es Zechenherren, oder waren es Zentrumsbarone? Wir bitten um Antwort!

Doch wir lassen den äußerst interessanten Inhalt des umfangreichen Protokolls über die geheime Konferenz unten folgen. Mögen unsere Kameraden gut Obacht geben. Der geheime Konferenz waren schon andere interne Konferenzen vorausgegangen, in der die Brustischen Laten näher erläutert waren. Die Oberhausener Konferenz war nur eine Fortsetzung der vorhergegangenen. Sie gibt also nicht völlige Klarheit über Brust's Verhalten und Laten, aber man kann auch so wissen, wie es im Gewerkverein zugegangen hat. Schon oben herausgehobene Stellen lassen darauf schließen, wie brennend die Frage der Absetzung Brust's für den Gewerkverein geworden war und manches andere, was die einzelnen Redner sagten, verschaffen uns einen tiefen Einblick in das Wesen christlicher Gewerkschaften —

Was aber zu beherzigen ist, ist das, daß während der Verhandlungen der Konferenz auch nicht ein einziges Wort von dem 30 000 Mark-Flugblatt fiel!!! Keiner kam auf den Gedanken, wie die heutige Gewerkvereinsführung, das 30 000 Mark-Flugblatt als Verursacher der Niederlage des Gewerkvereins heranzuziehen. Brust, Brust und immer Brust! Er hatte alles verschuldet, alles niedergedrückt. Nur einer der Delegierten hatte den Mut, auch dem Gewerkvereinsvorstand einen Teil Schuld für die Misere zuzuschreiben! Doch lassen wir den Bericht selbst sprechen.

Köster erteilt in der geheimen Sitzung das Wort dem Referenten

Inkmann: Die Amtsniederlegung Brust's ist nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen, schon im vergangenen Jahre bei einer Versammlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ist es zu Auseinandersetzungen gekommen. Brust als Vorsitzender drückte seine Anträge hier unter Drohung seiner Amtsniederlegung durch. (Pfuui!) Ganz besonders trat das am Schluß, bei der Vorstandswahl zutage, wo er Anträge stellte, auf die keine andere Organisation eingehen konnte. Das sind haarsträubende Dinge. Die antwortenden Vorstandsmitglieder und die Beamten sagten sich: So kann es nicht mehr weiter gehen, wir verlassen das Lokal. Man rief Brust aus dem Lokal und sagte ihm, daß man so nicht mehr mitmache, der Gewerkverein würde geschädigt. Brust erklärte: Es ist mir auch egal, dann mag es so gehen! Die Sache wurde damals gütlich beigelegt, aber die Disharmonie blieb. (Zustimmung.)
Man vertrat sich wie Kage und Hund, keiner sprach ein Wort zum andern, jeder ging dem andern aus dem Wege.

Nun zu den Knappschaftswahlen. Ich erinnere an die Kampfesweise Brust's, an seine Schreibweise im „Bergknappen“ und in den Flugblättern. Die Niederlage kam nur durch die Art und Weise, wie Brust geschrieben hatte. (Sehr richtig!) Es ist ihm in der Vorstandssitzung am 9. Oktober auf diese Tatsache aufmerksam gemacht worden. Er sagte:

Es sei noch nicht scharf genug geschrieben worden.

Es lägen aus allen Revieren Schreiben vor, in welchen man sich beschwerte! Wir schwiegen dazu, da wir es nicht auf die Spitze treiben wollten. Die Flugblätter hatten böses Blut gemacht. In den meisten Zahlstellen wurden sie nicht verteilt. Brust sagte uns in der Vorstandssitzung:

„Es ist mir von einigen hohen Herren gesagt worden, es würde noch nicht scharf genug geschrieben. Es müßte noch schärfer geschrieben werden!“

Da sagte Herr Brauns (Direktor des katholischen Volksvereins): „**Nun, gehen Sie mir doch; so etwas führt zu keinem guten Ende!**“

Kurze Zeit darauf hat Brust durch eine dumme Sache einen Schreibgehilfen entlassen. Dieser wurde von ihm des Diebstahls bezichtigt. Nachträglich erfuhren wir, daß Brust den gestellten Strafantrag zurückziehen mußte. Ohne den Vorstand zu fragen, ist der Junge entlassen worden! Da sagten sich die Beamten: Wenn Brust so gegen seine Beamten vorgeht, dann ist es leicht möglich, daß jeder ihm ein liebige Veante eines Tages entlassen wird! Die Beamten verfaßten eine Beschwerdeschrift mit der Anfrage: Ist Brust berechtigt, Beamte sofort zu entlassen oder ist das Sache des Vorstandes? Es wurde eine Sitzung von Kühne einberufen und Brust geladen. Brust hielt eine lange Ansprache über seine Tätigkeit und über die Beschwerdeschrift und forderte die Beamten auf, ihre Beschwerden vorzutragen. Das ist geschehen. Deutlich konnte man sehen, wie die Mißstimmung gegen Brust war. (Zustimmung.) Eine Einigung kam nicht zustande, trotzdem wir Vorstandsmitglieder darum baten. Brust sagte: „Gut, wenn Euch meine Schreibweise nicht mehr paßt, trete ich von der Redaktion zurück und werde Artikel mit meiner Unterschrift im „Bergknappen“ bringen.“ Darauf konnte sich der Vorstand nicht einlassen. Es wurde eine neue Generalversammlung geplant und Brust sagte: „Setzt auf die Tagesordnung: Sturz Brust's. (Wutrufe, Entrüstung, teilweise Heiterkeit, große Unruhe!) Als Brust sah, daß er nicht durchkam, sagte er:

„Ich lege meinen Posten nieder und trete zurück.“

Darauf verließ er das Lokal und sagte noch:

„Ihr könnt mich auch als Mitglied streichen!!!“

Der Vorstand hat eine nachträgliche Einigung versucht, bis heute noch. Wir sind ganz gut ausgekommen, auch ohne Brust. (Beifall.) Der Streik hat gezeigt, daß sich die Mitgliederzahl verdoppelt hat. Gehen Sie in der Diskussion nicht so scharf mit Brust ins Gericht, denn er ist der Gründer und langjährige Vorsitzende des Vereins. Bewilligen Sie ihm eine Pension! Werfen Sie ihn nicht auf die Straße. Denken Sie an seine Familie. Darum milde und gerecht urteilen! (Beifall.)

Köster: „Ich bin Mitgründer des Gewerkvereins und habe stets mit Brust zusammen gearbeitet. Der Gewerkverein ist ein demokratisches Institut und

nicht ein Zuchthaus.

wo mit dem Säbel gerasselt wird! Wir wollen in Frieden von Brust scheiden. (Beifall.) Weil ein Vertrag mit ihm nicht abgeschlossen ist, wollen wir ihm das Gehalt bis zur Generalversammlung bewilligen. (Beifall.) Ich habe gedacht, Brust würde jetzt verständlich sein und den stillen Beobachter machen. Aber weit gefehlt! Er hat nur miuiert und gegen den Gewerkverein gearbeitet, wo er nur konnte. Sogar der Streik war ihm nicht recht. Er lief nörgelnd und polternd hinter dem Gewerkvereinswagen her. Ich empfehle:

Wenn Brust verständlich bleibt, ihm eine Gnadenpension zu bewilligen.

Nicht so hoch! Auch geht mit ihm nicht so scharf ins Gericht, denn er ist nicht hier. Wir haben zwar von ihm gelernt, daß er Unstand nicht gelernt hat. (Sehr richtig!) Wir haben uns nichts vorzutueren. Durch seine Nörgeleien untergräbt er nur den Gewerkverein!

Rieker: „Ich bin Ausschußmitglied und kann sagen:

Brust und Anstand sind zweierlei Dinge, welche nicht übereinkommen. Die Ausschußwahlen müssen dieses bestätigen.

Brust muß beiseite gelassen werden. Es freut mich, daß es so weit gekommen ist. Ich habe damals in Dortmund den Antrag gestellt: Sturz Brust's! In Dortmund kam man überhaupt nicht zu Worte, denn das ist eine Hochburg der Sozials und dann noch solche famosen Flugblätter! Es ist eine ganz erbärmliche Stimmengahl für uns herausgekommen. Ich bin stets gut Freund mit Brust gewesen, aber als seine Artikel in der „Tremonia“ erschienen und er mit Lensing eine Rolle drehte, da war es nicht mehr schön!

Seine Schandartikel konnte er auch nicht anders unterbringen. Die „Tremonia“ nahm sie auf.

Wenn wir des Morgens in die Grube kamen, wurde die „Blütenlese“ uns schon vorgehalten. Was darin vom Berggesch gebracht worden war, ist unter aller Kanone.“ (Beifall.)

Tipp: „Ich habe stets die Partei Brust's ergriffen. Aber was in den letzten zwei Jahren vorgekommen ist, muß ich doch sagen, daß Brust das Übergewicht der ganzen Bewegung war. Wir müssen Brust abschütteln! Die man die Tagespresse und die Brüstischen Artikel und dann den schnöderen Ton und die Ausdrücke von ihm, so kommen wir dazu, daß wir ihn nicht als Vorkämpfer wollen. Inmann hat ihm genug gesagt. Ich könnte noch viel mehr als Inmann sagen, aber es ist nicht nötig. Ich und meine Kollegen haben uns auf den Standpunkt gestellt: **Brust darf als Mitglied nicht mehr sein! Wir müssen ihn absetzen ohne Pension.**

(Sehr richtig!) Ich hatte eine Bedingung gestellt, die ich zurücknehmen will, weil er sich dieser Bedingung doch nicht unterwirft. **Ich glaube, es spalte ihm im Oberstübchen. Wenn dieses zu bewerkstelligen wäre, so will ich ihm die Pension bewilligen.**

„Mir scheint auch, es ist eine Raffiniertheit von ihm, vielleicht ist es auch nur ein krankhafter Zustand. Unter diesen Umständen ist ihm eine Pension zu bewilligen. Rößler hat gesagt, wir müssen es aus christlichen Gründen schon tun! Brust hat das christliche Gefühl längst vergessen!!! Ich bin für die Pension, wenn er auch sagt, er liege sich kein Schweigegebel geben. Machen wir einen Vertrag mit August, wonach er sich anständig zu zeigen und zu benehmen hat!!! Ob er diesen Vertrag einhält, ist fraglich.“

Edert: „Ich habe am Wiesberg den Streik mitgemacht und ich meinte, als ich nach dort kam, alles wäre für August. Aber ich sah, daß die Anhänger von Brust wenig taugten. Die Flugblätter habe ich den Kindern zum Spielen gegeben!

Keine Knochen sind mir lieber, wie Brust seine Flugblätter!

Möllering: „Ich stimme zu, was Inmann gesagt hat. Eine Pension müssen wir Brust geben, denn er kann doch keine Pöbeln hader mehr zielehen. Geben wir ihm die Pension und machen wir

einen Vertrag, daß Brust nicht mehr gegen den Gewerbeverein schreiben darf. Tut er es doch, fällt die Pension fort!!!

(Beifall.)
Uferschott: „Brust hat vieles getan, aber wie er später mit einzelnen Kameraden umgegangen ist, war nicht mehr schön. Gegen seine Schreibweise mußte schon längst Stellung genommen werden. Brust hat genug, er braucht keine Pension.“

Funk: „Was Brust früher getan hat, dafür müssen wir ihm Dank sagen. In der letzten Zeit mußte man zu der Ansicht kommen, daß er nicht mehr geistig normal sei. Das hat sich bei der Neuestenwahl gezeigt. Im „Bergknappen“ schrieb er:

Keine Beamten wählen!

Auch in Versammlungen sprach er so, aber **selbst stellte er die Beamten wieder auf!!!**

Wald so, bald anders, wie es ihm beliebte. Durch diese Taktik sind uns mehrere Sprengel verloren gegangen. Die Pension hat Brust bewirkt! Es ist genug geschehen, wenn wir ihm das Gehalt bis heute bewilligen.“ (Zustimmung.)

Gerhardt: „Wir dürfen auf Brust nicht so herumreiten, wenn er nicht da ist. Bei der Neuestenwahl hat Brust Flugblätter herausgegeben, welche den Namen Schundblätter verdienen, darin würden Sachen aufgestellt, welche verständigere Menschen nicht aufstellen! Er hat es verdient, wenn scharf mit ihm ins Gericht gegangen wird. Brust hat den Verbändlern und Sozialdemokraten Wasser auf die Mühle gegeben. Durch seine Flugblätter und seine Schreibweise hat er diesen Leuten das Herz im Leibe lachen gemacht. Ich bin auch der Meinung,

daß wir Brust ausschließen können und müssen,

schon aus dem Grunde, weil er in letzter Zeit so gewaltig auf den Gewerbeverein geschimpft hat. Inzwischen gegenüber hat er Sachen behauptet, die widerlegt, aber die er weiter behauptet hat.

Wir müssen Brust fallen lassen ohne Pension.

Wir sind Arbeiter und zahlen unsere Grotschen nicht zu solchen Zwecken. Brust ist noch nicht aufgebraucht. Das ist öffentlich bekannt; er kann sein Geld noch anderweitig verdienen.

Neuß: Die Kampfweise Brusts während der Neuestenwahl hat uns furchtbar geschädigt. Das ist überall der Fall gewesen. Ich bin ein Freund von August. Aber wenn ich nach Hause kam, dann wurde mir von den Kameraden das Lexikon von Schimpfwörtern aus den Flugblättern vorgelesen.

Seine Schreibweise hat uns die Niederlage gebracht.

Wenn August meint, hohe Beamte hätten gesagt, er müsse noch scharfer schreiben, so sage ich,

was gehen den Arbeitern die hohen Beamten an!

(Beifall.) Wir haben nach unseren Kameraden zu fragen.

Ich glaube ganz bestimmt, wenn der August nicht in den Landtag gekommen wäre und nicht so kurz bei den viden Baronen geseffen hätte, wäre er nicht so geworden!!!

Denn früher war es anders. (Zuruf: Das ist einmal gewesen!) Er sagt er hätte nicht scharf geschrieben? Er hat einfach sein Schimpfwörterlexikon genommen und daraus abgeschrieben. Scharf hat er nicht geschrieben; unter Scharfe versteht ich, daß ich nicht gegen die Feinde gefämpft wird. Brust hat anderen den Stuhl vor die Tür gesetzt, das war krasser Terrorismus. Dieser Tage habe ich den ganzen Sachverhalt erfahren, kann auch die Erregung begreifen.

Rein Krusch würde im Gewerbeverein geliebt sein.

Rein Beamter hätte sich deraufgebehen lassen. Der Vorstand ist auch nicht von aller Schuld freizusprechen, er hat mit Gefühligkeit Brust sein Gehalt weiterbezogen hat. Die Gelder werden doch von den armen Vergleuten aufgebracht. Sie so zu verschwenden, liegt doch kein Grund vor! Es muß für Geld doch etwas geleistet werden. Oder waren es andere Gründe, wofür er sein Gehalt weiter bezog? Oder hat er es der Sozias wegen oder des Kapitals wegen bekommen?

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte erhält das Wort

Lichtenberg: Was hier über Brust gesagt wird, ist richtig, aber ich möchte Koster beipflichten, daß wir ihm vieles zu verdanken haben. Namentlich wir Älteren wissen, daß sich Brust gegen den Vorstand, Ausschuss und Mitglieder so betragen hat, daß seine Entfernung schon längst hätte kommen müssen. Brust hat die Winke nicht verstanden, die ihm gegeben wurden. Er glaubte, es hätte ohne ihn nicht mehr gegangen. Sein Kampf gegen den Gewerbeverein ist zu bedauern, als überzeugter Gewerkschaftler durfte er ja etwas nicht machen. Ich nehme an, daß

ein Gewerkschaftsführer mehr Anstand besitzen muß, den Beweis hierfür hat er nicht beigebracht. In Altkessen ist er mit den Ausschussmitgliedern zusammengelassen. Er hat hier bei den Erwahlungen eine Gegenkandidatur gegen den in öffentlicher Versammlung aufgestellten Kandidaten aufgestellt. Die Kreise sollten ausgeschlossen werden auf Antrag einer auswärtigen Bezirkskonferenz (Weckhausen). Der Kestler trat frühzeitig aus. Brust legte sich ins Zeug, obwohl das Mitglied noch zum Streikbruch aufgefordert hatte. Brust muß fallen. Es wurde gefagt, er sei krank. Ich glaube, er litt an Größenwahn. (Zuruf: Ist verrückt!) Machen wir einen Vertrag, wonach Brust für den Gewerbeverein weiter tätig sein muß.

Giesberts: Es ist ein eigentümliches Geschick, das den ersten Vorkämpfer ereilt hat. So etwas kommt des öfteren in der Geschichte vor, daß Männer, welche um eine Idee gekämpft und gestritten haben, an ihrem Lebensabend der Armut verfallen, weil die Geschichte über sie hinweggegangen ist. Ich möchte nicht, daß unsere Gewerkschaftsbewegung dauernd mit einem solchen Odium behaftet wird, daß ein Mann, welcher den Mut gehabt hat, eine Gewerkschaft auf interkonfessionellem Boden zu errichten, jetzt in Not geraten soll. Der Fall hat schon viel Staub aufgewirbelt. Und wenn Sie mit ihm unzufrieden sind, so bitte ich zu bedenken, daß heute der Gewerbeverein anders dasteht, wie früher. Brust war ein einfacher Bergmann und hatte kein Studium hinter sich. Es gibt nur wenig Leute, die ein solches Opfer gebracht haben, wie Brust (Zustimmung). Ich kenne Brust seit 1895. Als er freigestellt wurde, hat er Tag und Nacht schaffen müssen, um die Arbeit zu bewältigen. Wenn Sie das heute bedenken, wo der Gewerbeverein Mittel und einen Beamtenapparat hat, dann können Sie Brust nicht so abspelen. Wenn Brust mit seinen Kameraden in Widerspruch geraten ist, so ist das seiner Verboslichkeit zuzuschreiben, die er sich wegen der überanstrengenden Arbeit geholt hat. Solches ist ein mildernder Umstand. Wie dem auch sei, sein Vorgehen ist nicht zu billigen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung muß Leute, die gegen sie vorgehen, beseitigen. Sie hat das Recht, dafür zu sorgen, daß keine Uneinigkeit herbeigeführt wird. Wenn Brust ausgefahnen ist, als er mit führenden Leitern aus der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung aneinander geriet, so ist das eine heikle Sache. Wir haben uns sofort gefagt:

Brust mag in der Erregung sündigen wie er will, wir sind es der christlichen Bewegung schuldig, ihn nicht fallen zu lassen!!!

Die Redner haben sich über die Art und Weise, wie er sich vergangen hat, ausgesprochen, auch über die Flugblätter. Aber eines müssen wir bedenken: Wie ist er durch die Not geizig worden. Es ist förmlich darauf spekuliert worden, Brust zu reizen. Das ist der Schlüssel, weshalb er so geschrien hat, wenn auch diese Schreibweise nicht zu halten war. Unsere Gegner haben das berechnet und haben ihn absichtlich getränkt. Sie sagten sich: Bringen wir Brust in Widerspruch mit seinen Mitgliedern, so ist er nicht mehr zu halten. Diese ihre Hoffnung hat sich auch erfüllt. Etwas ist noch zu bedenken. Brust hat auf der Höhe gestanden und nun ist er von derselben herabgekommen. Dieser Wechsel paßt nicht zu seinem Naturell. Und die, die ihn kennen, werden daher Geduld haben mit ihm; er wird sich beruhigen! Brust hat entschieden Fähigkeiten, die er im Interesse der Bewegung ausnützen kann. Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Entschluß des Vorstandes zu, wonach er eine Pension erhalten soll, und nehmen Sie von einem Ausschluß Abstand. Geben Sie aber dem Vorstand den Auftrag, falls Brust fortfährt, gegen den Gewerbeverein zu schreiben, ihn auszuschließen! Brust ist nicht mehr so arbeitsfähig, wie Sie meinen. Zum Kohlenhaden ist er nicht mehr tauglich, auch nicht für eine geistige Arbeit!!! Darum fällt es ihm schwer, sich einen Erwerb zum Lebensunterhalt zu suchen. Brust war ein Mann, solange ihm der Gewerbeverein im Rücken stand, aber das ist jetzt nicht mehr der Fall. Darum pfeift man jetzt auf ihn. Dennoch, Leute die sich geopfert haben für die Gewerkschaftsbewegung, darf man nicht der Not und Armut preisgeben. Das verlangt von uns die Arbeiterethik! Ich wiederhole meinen Antrag: Brechen Sie nicht den Stab über Brust und bewilligen Sie ihm eine Pension. (Großer Beifall.)

Kühme: Ich stehe auf dem nämlichen Standpunkt wie Giesberts. Geben wir dem Verbands keine neuen Waffen gegen den Gewerbeverein in die Hand. Vom Standpunkt des Christentums müssen wir ihm eine Pension geben.

Kuhlmann: Ich bitte, die Pension nicht unter 1 800 Mark zu setzen.

Neuß: Ich bin für 50 Prozent. 1 800 Mark verdient ein Bergmann, wenn er Glück hat, mithin hat er genug damit.

Kühme: Geben wir ihm mindestens 100 Mark (monatlich), das können wir verantworten. Brust hat ein Herzleiden, mithin muß er eine Pension haben.

Tüllmann: Wir dürfen uns nicht der Schmach aussetzen, daß wir einen Kameraden, der für uns tätig war, auf die Straße setzen. Bewilligen Sie ihm eine Pension von 100 Mark, er kann noch nebenbei etwas verdienen. Es darf uns nicht der Vorwurf gemacht werden, wie dem Verband wegen Gunninghaus. Ich würde mich schämen, noch öffentlich in Versammlungen zu reden.

Möllering: Geben wir 100 Mark und bezahlen wir ihm die Lebensversicherung weiter, dann kann uns kein Vorwurf treffen.

Giesberts: Ich glaube, die Pensionierung wird eine starke Erregung gegen Brust hervorrufen (soll wohl heißen: auch Gewerbeverein? D. N.). Meiner Ansicht nach wäre es zweckmäßig, wenn Sie mit der Pension warteten und es einstweilen beließen, wie es der Vorstand festgelegt hat (Große Unruhe. Oho-Pufe.). Sehen Sie heute die Pension fest, so haben Sie diese immer zu zahlen. Nach dem Abkommen des Vorstandes kann ihm stets das Geld entzogen werden und er kann auch zur Tätigkeit im Gewerbeverein herangezogen werden. 100 Mark ist ja wenig für einen Mann mit einer solchen Familie. Mich hat Brust am meisten gehaßt, trotzdem bin ich für eine höhere Pension. Ich will nicht vorgreifen, aber lassen Sie es, wie es ist, bis zum nächsten Jahre (Erregter Widerspruch.).

Giesberts will weitersprechen, aber seine Worte gehen im Lärm verloren. Mit den Worten: „Ich habe mich getäuscht, die Stimmung ist eine andere“, tritt er ab.

Tipp: Brust wird niemals für uns arbeiten. Wir geben uns keine Blamage vor der Öffentlichkeit, wenn wir ihm 100 Mark bewilligen. Er kann nebenbei noch verdienen. Ich bin Invalide, muß auch noch schuften, sonst habe ich nichts zu essen!

Wenn Brust arbeiten muß, werden ihm seine Grillen schon vergehen.

Wüsthoff: Wir haben die Interessen des Gewerbevereins zu vertreten, nicht die des Herrn Brust. Wenn wir Brust eine Pension geben, verlieren wir ein Drittel unserer Mitglieder.

Ollmert: Ich war der Meinung, daß es ohne Pension ginge, aber Giesberts hat mich eines besseren belehrt. Geben wir ihm 100 Mark. (Es erfolgen verschiedene Vorschläge über die Höhe der Pension.)

Schlingmann: Brust soll zur Redaktion des „Bergknappen“ gehen und schreiben. Die Pension ist hoch genug!

Tipp: Warum sollen wir so hoch gehen. Die Beiträge sollen erhöht werden, andererseits soll das Geld wieder fortgeworfen werden!

Hungert: Geben wir die Pension für drei oder vier Jahre, dann muß eine neue Abstimmung herbeigeführt werden.

Effert: Sie alle wissen, wie ich und Brust zusammen stehen. Aber wo die Augenblicksgefühle so stark mitpreden, halte ich mich verpflichtet, einige Worte zu sagen. Wir haben, wie Giesberts richtig bemerkte, mit der Öffentlichkeit zu rechnen. Niemand wäre der Gewerbeverein so weit gekommen, wenn nicht die Öffentlichkeit zu ihm gestanden hätte! Wir müssen in a t e l o s dastehen und die anderen Berufe müssen davon überzeugt sein. (Sehr richtig!) Meine Bitte ist berechtigt. Es ist die Pflicht des Gewerbevereins, die schwersten Stunden, die ich im Gewerbeverein durchgemacht habe, sind durch ihn gekommen. Ich habe auch schwere Stunden durchgemacht. Ich hatte gekündigt, bin weggegangen. Trotzdem ich auf der Straße stand, habe ich doch nie ein Wort gesagt. Jeder ist nicht so veranlagt. Wir müssen uns in die Seele eines Brust hineinsetzen, er kann nicht wie er wohl will! Brust ist heute 43 Jahre alt und gewöhnlich machen ein aufgearbeiteter Kerl. Er könnte Artikel schreiben, sagt man! Nun, die waren in der letzten Zeit auch danach. Wir dürfen es nicht wie die Unternehmer machen und Leute auf Pflaster setzen, die uns unbequem sind. Es wird uns mehr Geltung beim Gegner wie bei den Mitgliedern verschaffen, wenn wir anständig mit Brust verfahren, als wenn wir ihn vollständig den Laufpaß geben. Obwohl ich einer bin, der am schwersten von ihm angegriffen worden ist, trotzdem sage ich, daß man bedenken muß, in welcher Stellung Brust sich befindet. Vergleichen Sie diese nicht mit der eigenen, denn als Landtagsabgeordneter muß er anders auftreten! Wenn der Gewerbeverein 1200 Mk. aufbringen kann, so kann er auch 1500 Mk. aufbringen. Ich glaube, daß wir solches verantworten können. (Beifall.)

Becken: Brust hat Verdienste um den Gewerbeverein, darum keine knappe Pension. Geben Sie ihm 1 800 Mark!

Stegerwald stellt den Antrag, die Pension auf 1 800 Mk. und 300 Mk. für die Police auszuwerfen. Der Antrag wird unter Beifall und Widerspruch angenommen.

So, das sind Verhandlungen, die uns einen tiefen Einblick in das Seelenleben christlicher Gewerkschaftsführer verschaffen. Wenn, wie schon oben gesagt, auch noch die letzte Hülle nicht gefallen ist, um die Tätigkeit des christlichen Gewerbevereins und seiner Leiter blickig zu überblicken und zwar aus ihren eigenen Verhältnissen heraus, so bietet uns doch zur Klärung der Verhältnisse das Protokoll überreiches Material. Die christlichen Seerführer dürften es vergessen, jetzt mit dem 30 000 Mk.-Flugblatt noch länger hausieren zu gehen. Nach dem, was wir oben der Öffentlichkeit unterbreiten, ist ein Geschäft für den Gewerbeverein mit dem 30 000 Mk.-Flugblatt eben nicht mehr zu machen! Es ist uns heute nicht möglich, unsere Bemerkungen an alle die Ausführungen der einzelnen Redner zu knüpfen. Das ist auf einmal zu viel. Resümieren wir kurz.

Im Auftrag hoher Herren, die leider nicht genannt sind, schrieb Brust Artikel und Flugblätter, deren Inhalt selbst seine Freunde und Gesinnungsgenossen aufschreckte. Wie andere über die Schreibweise Brust's dachten, haben wir schon früher dargelegt. Nicht einmal der M.-Glabbacher Brann's vermochte die Schreibweise Brust's zu decken und das will doch gewiß viel heißen. Nur einer nahm sich des Herrn Brust an, Herr Lambert Lenking, der Besitzer der „Trenonia“ in Dortmund, eines jener Zentrumsorgane, die mit dem Brüstischen und dem heutigen „Bergknappen“ in der schmutzigsten Bekämpfung aller Andersdenkenden fortgesetzt wettkampften. Brust schrieb so, daß man ihn nicht mehr für geistig normal hielt, aber er behandelte auch seine Kollegen nicht besser wie seine Gegner. Wie „Kage und Hund“ standen sie sich gegenüber und Herr Effert fand keinen anderen Ausweg vor Brust, als auf einige Zeit aus dem Gewerbeverein herauszuschleusen. Haarsträubende Dinge kamen vor. Diese Schreibweise — die sich, nebenbei bemerkt, von dem Inhalt des heutigen „Bergknappen“ kaum unterscheidet —, war mit die Veranlassung der Niederlage des Gewerbevereins bei den Knappschafswahlen im Jahre 1904. Das bestätigte die Konferenz. Das ist bis heute von den christlichen Führern bestritten worden, auch von denen, die da in der Sitzung ihre Zungenflügel in stärkere Tätigkeit setzten. Von Brust haben sie ja gelernt bekommen, daß „ein christlicher Arbeiterführer ja niemals sein Unrecht eingestehen darf!“

Trotzdem Brust seine Kollegen in der schlimmsten Weise behandelte, wird er von ihnen pensioniert! Brust weist das „Schweigegebel“ zunächst zurück, aber es wird ihm geradezu aufgedrängt! Weil es Herrn Brust „im Oberstübchen spukt“, will man ihm die Pension bewilligen. Durch einen Vertrag versucht man Brust zu zwingen, die Erzeugnisse seines krankhaften Gehirns nur nicht gegen den Gewerbeverein zu schleudern! Dafür ist ja der Verband da, die Sozialdemokraten und andere. Und darum hat man ihn doch noch als Zentrumsabgeordneten aufgestellt und gewählt!!!

Was Brust im Gewerbeverein tat und was dort überhaupt getrieben wurde, war genügend, daß einer der Redner ausrief: „daß kein Mensch im Gewerbeverein geblieben sein würde!“ So aber wollte sich nur Brust streichen lassen, ihn aber hielt man an beiden Rockschößen fest, pensionierte ihn. Weinahe hätte er sein Gehalt, das er lange Zeit ohne Gegenleistung erhielt, unter diesen Umständen glatt weiter bezogen! Und es hätte nach draußen geheißen: Wegen seiner rühmlichen Taten im Dienste des christlichen Gewerbevereins!!! Wie wäre Brust Herrn Giesberts, dem er gleichfalls die Haare sozusagen zerzaust hatte, dankbar gewesen! Brust hätte es in seinem kranken Zustand dann nicht nötig gehabt, später die „Buerische Zeitung“ und dann wieder ein Gegenorgan der „Buerischen Zeitung“ zu redigieren!

Das Schicksal hat Brust arg mitgespielt. Sein tragikomisches Ende könnte einem beinahe ein bißchen Mitleid für diesen Mann abzwängen. Aber wir befürchten, daß wir dieses Gefühl für andere aufbewahren müssen und zwar für die heutigen Schreiber am „Bergknappen“, die bezüglich der noblen Kampfmethoden dem Brust schon längst den Rang abgelaufen haben.

Drachensaat.

Eifrig, eifrig im Verrat.
Sät er jetzt die Drachensaat,
Der entlarvte Renegat.
Hat gefüllt sein Säefäß
Bis zum Rand mit Bosheit, Haß
Sät ohne Unterlaß.
Streut hinaus mit voller Hand
In das aufgewühlte Land
Gistkorn für den Bergmannsstand.
Schlimme Ernte wird es sein.
Doch für ihn, für ihn allein,
Der die Saat gesenket ein.
Eifrig war er im Verrat,
Doch als Lohn für seine Tat
Reift ihm selbst die Drachensaat.

Becken, Gewerksvereiner, Parteisekretäre, Zentrumsagitatoren,
Geistliche, Grubenbeamte! Mit vereinten Kräften geht's gegen uns.

Aber diejenigen, die am 31. August dem widerlichen Kom-
promiß die rechte und berbe Antwort gaben, werden auch am
17. September nicht schlafen!

Je stärker die Niederlage des Mischmasches, um so bessere
Aussicht für die Zukunft, den Arbeiterbetrügnern bald völlig das
Handwerk zu legen und zwar für immer! Am 17. September
sehen wir uns also wieder!

Den tapferen Kameraden, die den 31. August zu einem
Ehrentag für den Verband gefaltet haben, unsern Dank! Bis
auf ganz wenigen Gruben haben unsere Kameraden ihre volle
Pflicht getan!

Umwaltige Stimmengahlen wurden auf vielen Schächten
trotz des eingeschränkten Wahlrechts für den Verband aufge-
bracht. Auf Zollern II wurden für ihn 440, Friedlicher Nach-
bar 418, Fröhliche Morgenröte 570, Minister Achenbach 419,
Dannenbaum I und II 571, Kaiserstuhl I 715, Kaiserstuhl II 656,
Königsborn II 762 Stimmen abgegeben. Andere Becken weisen
ähnliche und gleiche Zahlen auf. Nur wenige Becken hatten ein
klägliches Resultat, so Deutschland, Haglinghausen! Der Wahl-
ausfall auf dieser Bede zeigt uns drastisch, wie es Verbändler
nicht machen sollen! Goffentlich machen unsere Kameraden am
17. September ihren Fehler wieder gut!

Wir versagen es uns, heute weitere Schlüsse aus den Wahlen
zu ziehen, vielleicht später! Jetzt haben wir keine Zeit zu ver-
lieren. Wir müssen sogar unser Vergnügen über die verblüfften
Geschlagenen verbeissen, bis nach dem 17. September.

Jetzt gilt es, die wenigen Tage noch auszunützen. Kamera-
den, nochmal auf die Schanzen! Drauf und dran, auf die Becken-
kreaturen!

Vorwärts, durch Kampf zum Sieg!

Ein neuer Schurkenstreich geplant!

Den Leitern des gelben Bechengewerksvereins ist das bischen
Stirnsmalz aus Angst vor dem 17. September zu Wasser geworden
und sind sie dem unheilbaren Verfolgungswahn
verfallen, der sie veranlaßt haben muß, unter obiger Ueberschrift
einen anonymen Brief von einem geliebigen Heinrich abzudrucken,
den wahrscheinlich der Kleine Junge aus irgend einer Schublade
herausgefischt und der Redaktion übergeben hat. „Heinrich“, der
nach dem Becheknappen ein führendes Verbandsmitglied sein und an
einen Verbandsführer geschrieben haben soll, schreibt also:

„Dortmund, den 19. August 1910.

Lieber Freund und Genosse!
Deinen lieben Brief habe ich erhalten und ersehe daraus, daß
Ihr auch dort sehr fleißig seid. Warum auch nicht? Nie war
die Zeit so günstig wie jetzt. Die Schwarzbauern müssen eine Nieder-
lage erleiden, daß sie die Maulsperrre kriegen. Das wirkt auch er-
mutigend für die kommenden Reichstagswahlen. Eure Klugheit
begünstigt der Dortmunder Stadtverordnetenwahlen ist unbegründet.
Gewiß haben wir die Nationalliberalen zum Siege verholpen, aber
das war doch was anderes wie die Knappschafstwahl. Was jetzt
sind unsere Gegner ja auch noch nicht damit gekommen. Es würde
ihnen auch nicht viel nützen, unser Trid von wegen der Bechenpartei
zieht besser. Die Geschichte mit Behrens halte ich für verschleht. Du
weist, ich haße das Persönliche. Laßt es lieber. Die Sache mit
Effert ist besser, die Klingt auch viel glaubhafter.
Aber erst ein bis zwei Tage vor der Wahl, eher dürft Ihr das Flug-
blatt nicht herausgeben und verteilen. Abzweifel Wirkung verspreche
ich mir auch nicht davon. Das hat das Brust-Flugblatt ver-
dorben. Da habt Ihr eine Dummheit mit begangen.
Junge, Junge, wenn das alles mal herauskommt.
Wiegt Euch nur nicht in Sicherheit. Auf das Ehren- dieser Kerle
geh ich nichts und dann diese fürchterliche Wamagie. Ich wage gar
nicht daran zu denken. Mit dem Verkauf des Telephongesprächs
ist es wohl nicht so ernst. Wenn die beiden mal ausplappern sollten,
dann leuchtet einfaß ab; was wollen 2 gegen 5? Was Friß
anbetrifft, so freut es mich sehr, daß er sich so gut entwickelt, den
können wir nochmal gut gebrauchen. Daß er wahrscheinlich Dein
Schwager wird, erhöht nur meine Freude. Laßt ihn in kleine Ver-
sammlungen öfter reden, damit er sich üben kann. Den Artikel,
den er mir geschickt hat, habe ich mit diesem Briefe gleichzeitig zur
Post gegeben. Der „Bergknappe“ wird ihn sicher nicht hinter den
Spiegel schieben. Ich möchte nur wissen, aus welcher Zeitung der
stammt. Friß hat ihn ja selbst ausgedruckt, frage ihn also mal.
Am übrigen ist hier alles heim altem, nur nicht bei den frommen
Niederdeutschen. Wir arbeiten kräftig weiter und hoffe ich daselbe
auch von Euch. Wann ich mal nach dort komme, kann ich nicht
sagen. Ich komme aber mal.
Bis dahin mit bestem Parteigruß und
herzlichem „Glückauf“
Dein Freund Heinrich

Jeder Kamerad, dessen Denkart nicht rudimentär, d. h.
abgehornt sind und der nicht zu den Allerdümmsten gehört, wie August
Brutt die Allerschlimmsten bezeichnet, wird beim Lesen des Heinrichschen
Briefes höhnisch ausgerufen haben: „Junge, Junge, sind das doch
Esel in der Schützenbahn Nr. in Essen, die da glauben, daß auch nur
ein Bergmann die Fälschung nicht sofort erkennen werde!“

Welchem Verbandsangehörigen sollte es bei der außerordentlich günstigen Wahl-
situation wohl einfallen, einen solch tölpelhaften Brief zu schreiben,
zumal, da unsere sämtlichen Kameraden in Vertrauensstellungen sehr
gut wissen, daß das Spanio-Flugblatt nicht dem Bechenge-
werksverein, sondern dem Verband geschadet hat.
Unsere Kameraden wissen, daß die Agitation im Knappschafstwahl-
kampf ausschließlich und allein vom Vorstand geführt, kein
Mitglied noch Sprengel etwas auf eigene Faust unternehmen darf,
sie wissen, daß Götze und Spanio die Kosten ihres einseitigen ein-
fältigen Flugblattes finanziell wie moralisch haben aus ihrer Tasche
zahlen müssen und da sollte wieder einer so einfältig sein, dazu noch
in Dortmund, wo nicht ein Sprengel durch den Bechengewerksverein
bedroht ist, einen solchen „Schurkenstreich“ zu planen! Für so ein-
fältig sollte doch niemand unsere „führenden“ Kameraden halten.

Was in dem Wahlkampf zu sagen ist, sagen wir unter voller Na-
mensnennung öffentlich in der Zeitung, in Flugblättern und Versammlun-
gen und dürfen die gelben Generale in der Schützenbahn nach
einem kalten Bad und einem Eisbeutel auf dem Kopf sich ruhig schlafen
legen, ein Ueberfall, ein Schurkenstreich ist verbandseitig nicht ge-
plant und wird nicht geführt werden.

Sollte irgend etwas Anonhmes, sei es was es will,
herausgegeben werden, Kameraden, dann verweigert
die Annahme und vor allem die Verbreitung.

Alles was ihr braucht, erhaltet ihr vom Hauptbureau, niemand anders
hat hineinzureden, noch Flugchriften herauszugeben, wodurch unsere
Sache nur geschädigt wird.

Der Gewerksverein kämpft am 17. September einen
Vergewaltigungskampf; die Niederlage bei den Sicher-
heitsmännerwahlen hat ihn blind gemacht und außer
Fassung gebracht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der
Gewerksverein letzten Endes durch einen weiteren Coup
sich aus seiner verzweifelten Lage herauszuziehen sucht.
Bleibt ruhig, Kameraden, wir schlagen offen und
ehrlich die Kompromißgefälligkeit zu Boden, wie sie
es verdient.

Unser Vorstand wollte in der Angelegenheit sofort Klarheit schaffen
und gingen die Vorstandsmitglieder Susemann und Waldheer

am 1. September zum Hauptbureau des „Christlichen“ Bechengewerks-
vereins und baten um Einsicht in den Brief, um an der Handchrift
den Schreiber des Briefes festzustellen bzw. feststellen zu helfen. Die
Herren Heinrich Imbusch, Hermann Imbusch, O. Mürup,
Chr. Steeger und Behrens lehnten dieses Ansinnen rundweg ab!
Unsere Kameraden legten diesen Herren darauf Handchriften von
drei Dortmunder führenden Kameraden, die als „Heinrich“ hätten
in Frage kommen können, vor und fragten, ob die Handschrift des
Briefes mit einer der Handchriften identisch sei, was ohne Prüfung
einstimmig verneint wurde! Die Führer des gelben Bechengewerks-
vereins stellten an unsere Vorstandsmitglieder „Heinrichs“ An-
sinnen, ihnen Originalschreiben sämtlicher Verbandsangestellten ein-
zusenden, dann wollten sie nachprüfen, wessen Handschrift der Brief
sei und uns das mitteilen. Dieses Ansinnen mußte selbstverständlich
abgelehnt werden. Der Verbandsvorstand wird gewiß nichts dagegen
haben, wenn sich die Gewerksvereinsführer nach Bochum zum Ver-
bandsgebäude begeben. Ihnen liegen da die Originalschriften sämt-
licher Beamten vor. Aber den Heinrich-Brief müssen
sie mitbringen und offen zeigen. So weit kann den Leuten
kein Mensch entgegenkommen. In Essen hielten sich die Herrschaften
darüber auf, daß unsere Zeitung sie so scharf bekämpfe, daß wir einen
Auszug aus der Wollfischen Broschüre über eine „Christliche“ Gewerks-
schaft mit 13000 Mitgliedern und 70 000 Mark Schülern gebracht haben.
Demgegenüber stellte Waldheer fest, daß Wolf schon vor einem halben
Jahre das ganze Material an unseren Vorstand geschickt habe, der Vor-
stand habe es durchgesehen und an Wolf zurückgeschickt, ohne ein Wort
davon mitzuteilen. Wohaler und anständiger kann ein Vorstand gegen-
über einer Gegenorganisation nicht verfahren, sicherlich hätte der Vor-
stand des Bechengewerksvereins nicht so loyal gehandelt und diese Men-
schen erdrehten sich, einen anonymen, gefälschten Brief zu veröffent-
lichen und dieses dann als einen vom Verband geplanten Schurkenstreich
in die Welt zu schreien! Unser Verband hat darauf folgende Erklärung
abgegeben:

„Nachdem so unsere Bemühungen, in die Angelegenheit
so schnell als möglich Klarheit zu bringen, an der Weigerung
der „Bergknappen“-Redaktion gescheitert sind, bleibt uns nur
übrig, daraus unsere Schlussfolgerungen zu ziehen. Diese
sind kurz folgende:

Nach unserer Ueberzeugung ist die „Bergknappen“-Re-
daktion nicht in der Lage, zu beweisen, daß der veröffentlichte
Brief von einem führenden Mitgliede unseres Verbandes ge-
schrieben worden ist. Wir bezweifeln überhaupt, daß der frag-
liche Brief wirklich existiert. Sollte er jedoch vorhanden sein,
so wird es sich um ein fingiertes Schreiben handeln, was wir
den Herren auch deutlich zu verstehen gegeben haben. Der
ganze Brief und seine Benutzung ist nach unserer Auffassung
nur ein plummes Nachwerk, um damit die Niederlage des
Christlichen Gewerksvereins bei der Sicherheitsmännerwahl zu
verdecken.

Die „Bergknappen“-Redaktion will keine Aufklärung, sie
hat vielmehr ein Interesse daran, daß die Angelegenheit bis
zur Knappschafstwahl zu ihrem Vorteil ausgenutzt wird. Da-
mit hat sie sich selbst gerichtet.

Bochum, den 1. September 1910.

Friedrich Susemann, Friedrich Waldheer.

Eine dumme Fälschung, weiter nichts ist der Brief, dazu noch
anonym, würde von jeder anständigen Redaktion, selbst wenn er vor-
handen wäre, in den Papierkorb wandern!

Auf eine solche Fälschung, Kameraden, kann es nur eine Antwort
geben: Nieder mit diesen Fälschern und Verleumdern!
Und diese Antwort soll am 17. September gegeben werden!

„Christliche“ Arbeitervertretung
im Vorstände des Bochumer
Knappschafstvereins.

Der „Bergknappe“, die Zentrums- und die Agitatoren des
Zentrums- und Bechengewerksvereins veruchen mit allen Mitteln die
schwarzen Taten der Bechengewerksvereinsältesten weiß zu waschen und
den Verband und seine Kellereien zu verächtigen. Lassen wir dem-
gegenüber Tatsachen reden.

Am 11. Juni 1904 wurden vom Zentrums- und Bechengewerks-
verein folgende Kellerei in den Vorstand des Bochumer Knappschafst-
vereins gewählt:

Vorstandsmitglieder bis 1910.

- 1. Ludwig Christian, Schachtsteiger auf Bede Dorstfeld.
2. Johann Kasse, Grubenbeamter auf Bede Neufelsen; erhielt bei der
Einweihung des neuen Knappschafstgebäudes am 13. Juni d. J.
einen Orden; die „Bergarbeiter-Zeitung“ erhielt am 13. Juni
d. J., weil sie Mißstände im Knappschafstverein aufgedeckt und die
Redakteur der Bergarbeiter in scharfer Weise verteidigt hat, 1000 M.
Geldstrafe.
3. Franz Schäfer (Wottrop), der gemeinsam mit den anderen Chris-
tlichen Kellereien im Jahre 1907 bei dem Kampf um das jetzige
Knappschafststatut sogar die Anträge des Gewerksvereins nieder-
stimmte; diese Tatsache mußte Schäfer vor dem Schöffengericht
in Essen am 21. Januar 1908 unter seinem Eid zugeben; er erhielt
bei der Einweihung des neuen Knappschafstgebäudes am 18. Juni
d. J. ebenfalls einen Orden.
4. Bernhard Sessel.
5. Heinrich Köhlhoff.
(Die beiden letzten sind als Mächtige und Bechenfreunde bekannt;
sie haben auch das 1899 von beiden Verbänden verfaßte oppositionelle
Programm nicht unterschrieben.)

Erfahrungsmänner bis 1910.

- 1. Arnold Rohlmann wurde Obersteiger.
2. Friedrich Senhoff wurde Obersteiger.
3. Karl D...fer, von den Bechenbeamten Papa Dunter genannt;
stimmte 1907 beim Kampf um das jetzige Knappschafststatut eben-
falls selbst die Anträge des Gewerksvereins nieder; vor dem
Schöffengericht in Essen am 21. Januar 1908, befandete Dunter
unter seinem Eid, daß er gar nicht wisse, ob der Gewerksverein Ab-
änderungsanträge zum Knappschafststatutentwurf gestellt habe.
4. Wilhelm Zeiger.
5. Wilhelm Korte.
(Die beiden letzten sind als Mächtige und Bechenfreunde bekannt.)

Sit das nicht ein hübscher Blütenkranz „Christlicher“ Arbeiterber-
tretung? Konnte man besser den Vork zum Gärtner machen, wie es
hier geschehen?

Einige der oben angeführten sind inzwischen gestorben und können
daher nicht für alle die folgenden Taten verantwortlich gemacht werden.

Taten dieser christlichen Arbeitervertreter.

Gegen die Gleichstellung der Invaliden vor 1892.

Am 5. Juli 1904 wurde mit Hilfe der „Christlichen“ Bechenfreunde
Kasse, Köhlhoff und Köpfer im Knappschafstvorstande ein Antrag der
Verbandsältesten auf Einberufung einer außerordentlichen Generalf-
versammlung, um die Invaliden vor 1892 mit den anderen gleichzu-
stellen, abgelehnt.

1079 Sicherheitsmänner!

Ein herrlicher Sieg des Bergarbeiterverbandes!

Trotz aller Verleumdungen, trotz des Terrorismus, den viele
Becken vor und während der Wahl noch ausübten, hat der Berg-
arbeiterverband bei den Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrbecken
einen stolzen Sieg über seine Gegner erfochten.

Es wurden gewählt 1079 Verbändler, 278 christliche Gewerk-
vereiner bzw. bechengewerksvereiner Mischmasch, 105 Polen,
6 Hirsch-Dundersche Gewerkvereiner und 61 reine Bechenkandi-
daten. Die letzteren wurden, wo der Gewerksverein selbständige
Kandidaten nicht aufgestellt hatte, mit vom Gewerksverein unter-
stützt.

Von den schon getätigten Arbeiterauswahlschüssen erhielt
der Verband 57, der christliche Gewerksverein 58, die Polen 8, der
Hirsch-Dundersche Gewerksverein 4 und die Becken 44 Mandate.
Hier handelt es sich bis auf wenige Ausnahmen um Arbeiteraus-
schüsse für die Arbeiter über Tage. Der Ausfall der Wahlen der
Auswahlschüsse für die Arbeiter unter Tage wird sich nach der Zahl
der gewählten Sicherheitsmänner richten. Also werden der Ver-
band und auch der Gewerksverein die meisten Siege in den Ar-
beiterauswahlschüssen besetzen.

Die Zahl der Mandate, die der Verband sich bei den Sicher-
heitsmännerwahlen erkämpfte, ist so gewaltig, daß unsere Gegner
vollständig verblüfft dastehen. Die Zentrums- und Bechenpresse
windet und drückt sich vor der Veröffentlichung der Resultate, so groß ist ihre
Scham vor der dem Gewerksverein beigebrachten Niederlage.
Bravo, Ruhrbergleute, bravo! Das habt ihr gut gemacht! Nun
noch am 17. September tüchtig angetreten und die offenen und
verkappten Arbeiterfeinde noch einmal zu Boden ringen! Sieges-
lieder für den Verband muß am 17. September der Wind pfei-
fen! Das Ruhrbecken dem Bergarbeiterverband, immer und
allezeit!

Wie haben die Gegner gegen uns gewütet und wie ist gegen
uns gearbeitet worden? Verleumdungen und Fälschungen ha-
gelten auch in der Frage der Sicherheitsmänner nur so auf uns
herab!

Auf den Becken wurden unsere Kandidaten drangfa-
liert. Die Verbändler waren darum gezwungen, die Namen
der Kandidaten so lange zurückzuhalten, bis am 15. August die
Kündigungszeit vorbei war. Nur so haben sich eine ganze Reihe
von Kandidaten vor Kündigungen bewahrt. Vielfach kam es zu
Verlegungen der Kandidaten in ein anderes Steigerrevier, so-
daß die Kandidatur für das alte Revier hinfällig wurde. Es
mußten schnell andere Kandidaten gesucht werden. Auch auf den
fiskalischen Mädelerschächten konnte man die Wahl nicht ungeführt
vorübergehen lassen!

Auf einer ganzen Reihe von Becken wurden unsere Kandi-
daten gekündigt oder es wurde ihnen gesagt, daß sie sich kündigen
sollten, so auf den Becken Ewald I und II, Julia, Lothringen,
Joachim, Mathias Stinnes, Dannenbaum I, Helene usw. So
respektieren die Werksbesitzer die Gesetze. Die Gesetzesmacher
schaffen Gesetze, verlangen von den Arbeitern, daß sie zu den
bedürftigsten Einrichtungen ihre Vertreter wählen. Geschlecht
das aber, dann sind diese Vertreter „vogelfrei“ in den Augen
gewisser Betriebsleitungen geworden! Kein Gesetz schützt die
Gemaßregelten und Gekündigten! Wir werden ja noch erleben,
wie die Werksbesitzer mit den Sicherheitsmännern selbst, trotz
des vorgefälschten „Schutzes“, noch umsprungen werden. Was
die Kündigungen und Maßregelungen zeigen, ist, wie not-
wendig die Einführung freier, von den Werken
unabhängiger Kontrolleure ist. Nun, wie die Bechen
es treiben, so wird's gehen! Jede Maßregelung wird zeigen, wie
notwendig die Erfüllung unserer alten Bergarbeiterforderung ist.

Am Tage der Wahl haben sich im Vorgesühdes Z-
samengehens der Becken mit dem Gewerksver-
ein wieder die Beamten tüchtig an der Agitation für den
Gewerksverein beteiligt! Hatte doch der Gewerksverein auf seine
Liste unorganisierte und kleine Beamte aufgenommen, so auf
Rheinpreußen und anderswo. Auf einigen Becken haben die
Beamten eine geradezu schofle Agitation getrieben. Die Folge
war, daß selbst christliche Kameraden vielfach die
Verbandskandidaten wählten, was ja nicht das erste
Mal wäre. Auf der Bede Wollfshaus bei Vorbeck meinte sogar
ein christlicher Vertrauensmann:

„Wenn schon unsere Mitglieder den Verbandskandidaten
wählen, dann ist es ja am besten, der Gewerksverein wird auf-
gehört!“

Wegen des geringsten Schreibfehlers wurden uns Kandi-
daten „genullt“. So hat der Betriebsführer Rüttemann an
Consolidation II und VII dem Verband nicht weniger als
185 Stimmen für ungültig erklärt. Mandate wurden auf der
Bede Deutscher Kaiser kassiert. So ging es mit Grazi-
fort! Das ist noch der alte Bechenterror, mit dem wir im
Ruhrbecken nun einmal zu rechnen haben. Daß es den Berg-
leuten auf den Becken selbst äußerst beschwerlich gemacht wurde,
die Wahl ausüben zu können, sei nur nebenbei bemerkt. Und
mit dieser Bechengefälligkeit hat sich der Gewerksverein christlichen
Bergarbeiter für die kommenden Kellereiwahlen vermischt, um
den Verband zu schlagen! Alles hat sich zusammengefunden

Erhöhung der Arztgehonorare um jährlich weit über 300 000 Mk.

Am 4. Oktober 1904 wurde mit Hilfe der „Christlichen“ Zechenfreunde im Knappschaftsvorstand beschlossen, die Honorarfrage der Ärzte von 8 auf 4 Mk. pro Mitglied und Jahr zu erhöhen.

Table with 2 columns: Year (1905-1909) and Amount (280 000, 286 781, 300 311, 348 825, 345 880).

Die Durchschnittsmehrausgabe betrug danach in den angeführten fünf Jahren pro Jahr 311 491 Mk.

Gehaltssteigerung des Direktors Köhne von 9000 auf 20 000 Mk. jährlich.

Am 14. August 1908 wurde das Gehalt des Direktors Köhne von 9000 auf 10 000 Mk., steigend um 500 Mk. jährlich bis zu 15 000 Mk. im Knappschaftsvorstand mit Hilfe der „Christlichen“ Zechenfreunde erhöht.

Gehaltssteigerung des Dr. Geimann und Dr. Rechen von 6000 auf 11 000 Mk.

Am 12. November 1908 wurde das Gehalt dieser beiden Hilfsarbeiter (Juristen) in der Knappschaftsverwaltung mit Hilfe der „Christlichen“ Zechenfreunde von 6000 auf 11 000 Mk. erhöht.

70 000 Mk. Entschädigung für Direktor Bäumer.

Am 10. April 1908 wurde im Knappschaftsvorstand mit Hilfe der „Christlichen“ Zechenfreunde Direktor Köhne als erster Direktor angestellt. Da in dem auf 10 Jahre lautenden Anstellungsvertrag des Direktors Bäumer nichts darüber enthalten war, daß er einen Direktor über sich haben müsse, verweigerte derselbe die Arbeit und verlangte sein Gehalt bis zum Ablauf des Anstellungsvertrags; dieses betrug jährlich 9000 Mk. und 2000 Mk. Mietsentschädigung.

Gehaltssteigerung des Oberarztes Dr. Lindemann von 9000 auf 12 000 Mk. Selbstentmannung des „Christlichen“ Ältesten Schäfer.

Am 4. September 1908 wurde im Knappschaftsvorstand mit Hilfe der „Christlichen“ Zechenfreunde das Gehalt des Oberarztes Dr. Lindemann von 9000 auf 12 000 Mk. erhöht. Da ein Werkvertreter in dieser Sitzung fehlte, stellte einer derselben das merkwürdige Ansinnen, ein Arbeitervertreter solle zugunsten der Zechenbetreiber auf sein Stimmrecht verzichten.

Leuerungszulage von jährlich 1000 Mk. für Dr. Tenhoff.

Am 8. Juli 1909 wurde im Knappschaftsvorstand mit Hilfe der „Christlichen“ Zechenfreunde dem Leiter der Heilstätte Beringhausen, Herrn Dr. Tenhoff eine Leuerungszulage von jährlich 1000 Mk. bewilligt. Herr Dr. Tenhoff ist 75 Jahre alt, hat keine Familie und bezog jährlich ein Gehalt von 10 000 Mk. und 2500 Mk. Mietsentschädigung.

1000 Mk. für eine Badereise des Knappschaftsbeamten Dr. Bülow.

Am 4. September 1908 wurden im Knappschaftsvorstand mit Hilfe der „Christlichen“ Zechenfreunde dem Knappschaftsbeamten Dr. Bülow 1000 Mk. für eine Badereise bewilligt; derselbe war Jungeselle, erst kurze Zeit beim Knappschaftsverein angestellt und bezog ein Gehalt von 4000 Mk. und 500 Mk. Mietsentschädigung jährlich.

Antrag Jungesblut über das Verhalten des Direktors Köhne gegenüber dem Oberarzt Dr. Lindemann, in der Frage der Wurmkrankheit Klarheit zu schaffen, abgelehnt.

Anfang 1909 war zwischen der Verwaltung des Knappschaftsvereins und dem Oberarzt Dr. Lindemann ein Streit entstanden. Dr. Lindemann schrieb einen Brief an den Vorsitzenden des Vereins Herrn Dr. Weidmann, in dem sich folgende bezeichnende Stelle befindet:

„Ich darf ferner daran erinnern, daß die Generalakten über die Wurmkrankheit den Beweis liefern, daß die Verwaltung (Direktor Köhne — D. R. versucht hat, mich zu zwingen, einen Teil meines Gutachtens über die Wurmkrankheit, dessen Erlaubung vom Agl. Oberbergamt von mir erfordert war, abzuändern, weil nach Annahme der Verwaltung meine Ausführungen den Werkherren nicht angenehm sein würden!“

Der Verbandsälteste Jungesblut erklärte in der Sitzung des Knappschaftsvorstandes vom 11. Februar 1909, wenn es richtig sei, was Dr. Lindemann angegeben hat, dann könnte Herr Köhne nicht länger im Knappschaftsverein als Direktor sein!

Die Verwaltung entgegnete hierauf, daß Herr Dr. Lindemann diese seine Ausführungen bereits als unrichtig zurückgenommen habe! Jungesblut beantragte aber, zu beschließen, daß Herr Dr. Lindemann sofort in die Vorstandssitzung geladen werden solle, um Herrn Direktor Köhne gegenübergestellt zu werden!

Die „Christlichen“ Zechenfreunde stimmten die von ihnen selbst gestellten Anträge im Knappschaftsvorstande nieder.

Das Heft der „Bergarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer 33 von 1907 ist abgelehnt. Darauf brachte die polnische Ausgabe des „Bergarbeiter“, der „Górnik Polski“ in seiner Nummer vom 24. September einen Artikel, betitelt:

Auswürfe der Menschheit.

Das immer, so auch jetzt dient als Gegenstand der sozialdemokratischen Angriffe unser Gewerbeverein, über den gewisse Sozialdemokraten solche Verleumdungen austreuen, deren nur

völlig-vertierte Auswürfe der menschlichen Gesellschaft fähig sind. Zu diesen muß man zweifellos einen gewissen Teil der Sozialdemokraten vom alten Verband rechnen. Die Striktsfrage an der „Bergarbeiter-Zeitung“ kennzeichnen sich immer mehr als Auswürfe der Menschheit. Individuen, die so verfahren, verdienen nichts anderes, als daß man ihnen geradezu in die Schnauze spuckt.“

Darauf verlagte der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, unser Kamerad Wagner, den Redakteur des „Górnik Polski“, Alex Buchner. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Essen am 21. Jan. 1908 wurde dann festgestellt, daß alle Angaben der „Bergarbeiter-Zeitung“ vollkommen der Wahrheit entsprachen, und die wüsten Beschimpfungen des „Górnik Polski“ jeder Grundlage entbehrten. Als Zeugen hatte Wagner die christlichen Vorstandsältesten Schäfer und Dunker laden lassen; durch deren eidlische Aussagen wurde festgestellt,

- 1. daß die Vorstandsältesten des Gewerbevereins die Abänderungsanträge des Gewerbevereins zum Knappschaftsstatutentwurf gar nicht eingereicht haben;
2. daß die Gewerbevereinsvorstandsältesten die Abänderungsanträge des Gewerbevereins im Sitzungsausschuß niedergestimmt haben;
3. daß sie den Zechenältesten und Streikbrecher Rasse-Altensachen zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden im Knappschaftsvorstand vorgeschlagen und gewählt haben;
4. daß der Vorstandsälteste des Gewerbevereins Dunker-Castrop (Papa Dunker nannten ihn die Zechenbeamten) gar nicht einmal wußte, ob der Gewerbeverein Abänderungsanträge ausgearbeitet und eingereicht hatte.

Anfang April 1907 ist der erste Entwurf eines Knappschaftsstatuts erschienen und etwa vier Monate später, am 6. August, nachdem schon der vierte Entwurf erschienen war, rückte der „Christliche“ Älteste Schäfer auf Anfrage der Verbandsältesten mit den „Christlichen“ Anträgen zum ersten Entwurf heraus, die aber naturgemäß teilweise zum vorliegenden vierten Entwurf paßten wie die Faust aufs Auge.

Das tollste aber ist, daß Effert in einer Erklärung in der „Essener Volkszeitung“ vom 25. Januar 1908 behauptete, Schäfer sei beauftragt worden, die Abänderungsanträge des Gewerbevereins im Knappschaftsvorstand einzureichen.

Demgegenüber behauptete Schäfer jedoch in einer Erklärung in der „Essener Volkszeitung“ vom 29. Januar 1908, daß er weder vom Vorstand des Gewerbevereins, noch von der „Christlichen“ Ältestenkommission, noch von Effert den Auftrag erhalten habe, die Abänderungsanträge des Gewerbevereins im Knappschaftsvorstand einzureichen.

Wenn sich zwei ganken, erfährt der dritte die Wahrheit und so erfahren wir denn auch hier, daß der ganze christliche Apparat völlig versagt hat, als es galt, die Interessen der Knappschaftsmitglieder zu vertreten.

Die „Christlichen“ Zechenfreunde treten für Befestigung des bestehenden Wahlrechts ein.

Am 14. Januar 1909 wurde im Knappschaftsvorstand eine Wahlordnung beschlossen, die es den Grubenherren jederzeit ermöglichte, eine unbecommene Mehrheit oder unbecommene Opponenten zu befeitigen. Diese Wahlordnung wurde mit 20 gegen 10 Stimmen angenommen; die Ältesten des Gewerbevereins haben also geschlossen dafür gestimmt. Nach dieser Wahlordnung durfte nur noch ein Name auf dem Stimmzettel stehen; Stimmzettel, welche mehr als einen Namen enthielten, waren unzulässig. Trotzdem aber wurde ein Ersatzmann, und zwar in gleichem Wahlgange gewählt; da die Wähler aber nur einen Namen auf die Stimmzettel schreiben, also nur einen Kandidaten wählen durften, hatte die Mehrheit auf die Wahl des Ersatzmannes absolut keinen Einfluß.

Als Ersatzmann galt derjenige, welcher die zweimeisten Stimmen erhielt; derselbe galt als gewählt, wenn er auch nur eine „feine“ Stimme erhalten hatte. Man brauchte die unbecommene Verbandsältesten also nur zu mahrgeln oder bei der Prüfung durchfallen zu lassen oder unter irgend einem anderen Vorwande ihres Postens zu entheben und an ihre Stelle traten die mit „einer“ oder wenigen Stimmen gewählten Ersatzmänner. Den Zechenherren war es dadurch jederzeit möglich, sich eine Mehrheit für ihre arbeiterfeindlichen Pläne zu schaffen. Das sprach auch Herr Bergart Klein in der Generalversammlung des Bochumer Knappschaftsvereins am 8. Juli 1909 — die von den Verbandsältesten beantragt worden war, um diese Wahlordnung zu befeitigen — mit erregender Deutlichkeit aus. Er führte aus:

„Die jetzige Wahlordnung gebe die Möglichkeit, auch der Minderheit Mandate zu verschaffen; die „Christlichen“ könnten danach auch Mandate in solchen Sprengeln erhalten, in denen sie sonst nicht siegen könnten.“

Hört es Bergarbeiter! Und für diesen, mit großer List erdachten Plan, die Mehrheit der Bergarbeiter zugunsten der Zechenherren zu verwalten, haben die Ältesten des Gewerbevereins geschlossen gestimmt. Wenn dieser „saubere“ Plan nicht gelungen ist, so haben die Bergarbeiter dieses allein den Verbandsältesten zu verdanken. Diese haben den Kampf gegen diesen Wahlrechtsraub sofort mit aller Energie aufgenommen und nach langem Kampfe das frühere Wahlrecht zurückerobert.

Die christlichen Zechenfreunde betrachten es als Hauptaufgabe, den Verband und seine Ältesten zu bekämpfen.

Auf Vorhaltungen, warum er für den Wahlrechtsraub gestimmt habe, erklärte der „Christliche“ Älteste Schäfer:

„Wenn ich den alten Verband bekämpfte, habe ich meine Schuldigkeit getan, deshalb habe ich für die Wahlordnung gestimmt. Im alten Verband erblickte ich die Sozialdemokratie und diese muß bekämpft werden.“

Also die Bekämpfung des Verbandes ist diesen „Christen“ die Hauptsache, wenn auch die Mitgliederrechte zum Teufel gehen! Darum nur stimmten sie dem Wahlrechtsraub zu!

Daß es diesen „Christen“ nur darauf ankommt, den Verband und seine Ältesten zu bekämpfen, hat auch der „Christliche“ Älteste Köhlhoff am 15. November 1905 ausgesprochen. Er sagte:

„Die Verbandsältesten können beantragen, was sie wollen, es wird ihnen kein Gehör geschenkt. Wenn ein Verbandsältester spricht, lesen die Werkbesitzer die Zeitung und die Gewerbevereiner unterhalten sich gegenseitig. Bei der Abstimmung über einen Antrag der Verbandsältesten stimmen wir, die „Christlichen“ Ältesten, dagegen und zwar aus Prinzip.“

So können nur Menschen reden und handeln, bei denen jedes Rediz- und Anstandsgefühl völlig erloschen ist.

Die „Christlichen“ Zechenfreunde treten für exemplarische Bestrafung von 76 Pflinglingen der Lungenheilstätte Beringhausen ein.

Am 11. März 1909 wurden im Knappschaftsvorstand 76 Pflinglinge der Heilstätte Beringhausen mit je 10 Mk. bestraft, ohne gehört zu

werden, weil sie die Heilstätte verlassen hätten. Der „Christliche“ Älteste Schäfer-Vottrug bezeichnete das Vorgehen der Pflinglinge als eine „sozialdemokratische Demonstration“ und trat für eine exemplarische Bestrafung ein! Die Ältesten des Verbandes beantragten, die Leute erst zu hören. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann mit 20 Stimmen — 15 Werkvertreter und fünf Christliche — gegen die 10 Stimmen der Verbandsältesten die Bestrafung beschlossen! Unter den 76 waren auch Mitglieder des christlichen Gewerbevereins, einer der Anführer war gar der christliche Älteste Wess von Erkenschwid! Aber dennoch war es nach Schäfer eine sozialdemokratische Demonstration!

10 Pflinglinge der Heilstätten Beringhausen und Ambrod mit je 10 Mk. bestraft.

Am 10. Oktober 1905 wurden vom Knappschaftsvorstand 10 Pflinglinge der genannten Heilstätten mit je 10 Mk. bestraft, weil sie über die schlechte, zum Teil verborbene Beschäftigung nach gemacht und dadurch angeblich gegen die Hausordnung verstoßen hätten. Es war festgestellt worden, daß die Zubereitung der Speisen sehr häufig verabsäumt worden, die Sülze mehrere Male verborgen gewesen, die Kartoffeln oftmals nicht gar gekocht usw. Trotzdem beantragte die Verwaltung für jeden der „Verbrecher“ 10 Mk. Strafe! Die Werkvertreter waren für Bestrafung und wurden dabei von dem „Christlichen“ Ältesten Rasse unterstützt. Die Verbandsältesten erklärten, die Leute seien schon genügend hart bestraft durch die schlechte Kost, welche sie genossen hätten. Der christliche Älteste Rasse aber stimmte mit den Werkvertretern für Bestrafung und sorgte so dafür, daß den armen Kranken, deren Frauen und Kindern noch 10 Mk. von ihrem kärglichen Krankengeld abgezogen wurden.

Antrag des Verbandsvorstandsältesten Benz auf Zahlung des vollen Krankengeldes bei Heilstättenbehandlung mit Hilfe der „Christlichen“ Zechenfreunde abgelehnt.

In der Knappschaftsvorstandssitzung vom 10. Dezember 1908 beantragte der Verbandsälteste Benz, unter Bezugnahme auf den Fall Dr. Bülow, alle Beamten und Arbeiter mit einem Einkommen von unter 4000 Mk. jährlich als „bedürftig“ anzuerkennen, wenn sie in ein Krankenhaus oder in eine Heilstätte aufgenommen würden, und ihnen demgemäß neben der Gewährung der freien Verpflegung in den betreffenden Anstalten das volle Krankengeld zu gewähren. Bei diesen Veranlassungen die „Christlichen“ Arbeitervertreter aber keine „Bedürftigkeit“ anzuerkennen und stimmten geschlossen mit den Werkvertretern gegen diesen Antrag der Verbandsältesten!!!

Der „Christliche“ Älteste Dunker steht die Werkherren an, zu verhindern, daß die Tatsachen der „Christlichen“ Ältesten in die „Bergarbeiter-Zeitung“ kommen.

In der Sitzung des Rechnungsausschusses des Knappschaftsvereins vom 23. März 1909 wurde beantragt,

das Gehalt des Dr. Bergina von 3000 auf 3600 Mk. zu erhöhen.

Dr. Bergina war zweiter Arzt in der Lungenheilstätte Beringhausen; er war ledig, hatte dort freie Wohnung, freie Station, Wäsche usw. Kurz, er bekam alles, was er zum Leben brauchte, kostenlos in der Anstalt geliefert. Der Antrag auf Gehaltssteigerung rechtfertigte sich also nach Lage der ganzen Verhältnisse in keiner Weise. Zu diesem Antrag äußerte sich nun der „Christliche“ Älteste Dunker, von den Zechenbeamten Papa Dunker genannt, wie folgt:

Wir sind dafür, daß das Gehalt des Dr. Bergina auf 3600 Mk. erhöht wird. Aber wenn wir jetzt dafür stimmen, dann steht es nächste Woche wieder in der Verbandszeitung. Es muß doch endlich dafür gesorgt werden, daß solche Sachen nicht mehr in die Verbandszeitung kommen.“

Unfall „Christlicher“ Ältesten beim Kampfe um das jetzige Knappschaftsstatut 1907.

Bekannt ist die mankeltüchtige unzubereitete Haltung eines großen Teils der „Christlichen“ Ältesten beim Kampfe um das jetzige Knappschaftsstatut 1907. Schon in der Generalversammlung am 12. Oktober 1907 fielen, entgegen der Parole des Gewerbevereins, folgende 25 Älteste in und stimmten mit den Grubenherren:

Berger (Bochum), Borgs, Bloch, Buschmann, Kasse, Eckmann, Peck, Jolisch, Kalthoff, Kampmann, Kesten, Köhne, Werten, Müller, Nierenkämpfer, (dessen Vertretung), Nierhoff, Pleh, Roland, Ruffsch, Schäfers, Stehlgans, Strunk, Weuhoff, Wieland und Wischmann.

Darunter ist kein Verbandsältester, sondern, mit Ausnahme von Jolisch, der Grubenbeamter ist und von dem wir nicht wissen, ob er „Christlich“ ist, und Kasse, dessen „Glaubensbekenntnis“ nach diversen Beschlüssen zweifelhaft ist, waren die Janider „Christliche“ Älteste.

In der Generalversammlung am 23. Dezember 1907 fiel der allergrößte Teil der „Christlichen“ Ältesten entgegen der Parole des Gewerbevereins um. Es stimmten

33 Älteste gegen die Annahme des Werkbesitzerentwurfs und 33 dafür.

Dieser Unfall hatte Generalsekretär Effert vorausgesehen, denn er erklärte in einer der Generalversammlungen vorausgesehenen Sitzung der Siebenerkommission und der gemeinschaftlichen Ältestenkommission:

„Ich befürchte, daß ein großer Teil unserer Ältesten umfallen wird. Wir wollen noch einmal auf sie einwirken, um sie auf einen anderen Standpunkt zu bringen, ob uns das aber gelingen wird, weiß ich nicht!“

Und der zweite Vorsitzende des Gewerbevereins, Karl Kühme, sagte am 8. April 1908 während einer Unterredung zu unserem Kameraden Baldherr:

„Es ist ein Glück, daß die Verbandsältesten festgehalten haben. Wäre es auf unsere Ältesten angekommen, dann würde das Statut schon längst so angenommen, wie es die Werkherren wünschten. Unsere Ältesten sind die reinsten Egoisten, die nur in ihren eigenen Sack schauen!“

Jetzt, nach mehr als zwei Jahren sucht Kühme diesen Auspruch in der „Westfälischen Volkszeitung“ vom 6. August zu bekräftigen. Darum hat Kühme das früher nicht bestritten, warum jetzt kurz vor den Wahlen? Tatsache ist, daß Kühme den Auspruch getan hat, darauf legt keine Maus einen Faden ab. Nebenbei hat Kühme auch in einer von der Zechenpartei einberufenen Versammlung in Bochum-Wilde am 2. März 1909 auf Vorhalt dem Kameraden Witt gegenüber zugegeben, den Auspruch getan zu haben.

Der „Christliche“ Älteste Berger-Steck gegen Unfallentschädigung für Unfallverletzte.

Auf der Tagung der Kommission zur Verhütung von Unfällen im Bergbau am 9. Juni 1909 in Wilhelmshöhe bei Kassel stellte Berger den Antrag,

daß Arbeiter, welche in Bergwerksbetrieben beschäftigt sind, die der Aufsicht der Bergbehörde nicht unterstehen, aber zur Knappschaftsberufsgenossenschaft gehören, keine oder nur eine Zeilrente erhalten sollen, wenn sie bei Benutzung von Bremsbergen oder Aufzügen einen Unfall erleiden.

Selbst der Vertreter des Reichsversicherungsamts ersuchte Berger, seinen Antrag zurückzugeben, in dem eine zu große Härte läge. Berger aber hielt seinen unerhörten Antrag aufrecht und so kam derselbe zur Abstimmung, wurde aber mit 29 gegen eine Stimme abgelehnt. Die Untersuchervertreter hatten also ebenfalls gegen den Antrag Berger gestimmt, selbst denen ging er viel zu weit, nur Berger allein stimmte für seinen Antrag.

Urteil eines christlichen Kameraden über die christlichen Vorstandskästchen.

Selbst in den Kreisen der denkenden christlichen Kameraden herrscht eine große Enttäuschung über das Verhalten ihrer Ältesten. So erklärte der Vertrauensmann des Gewerksvereins Wilhelm Neumann an Hellinghausen, als ihm die Sünden der „christlichen“ Vorstandskästchen vorgehalten wurden:

Es ist gut, wenn diese D aus dem Knappschaftsvorstande herauskommen.

So urteilen selbst christliche Kameraden über die eigenen Ältesten.

Wie die Grubenbesitzer die christlichen und die Verbandsältesten einschätzen.

Daß die Grubenbesitzer die Verbandskameraden am meisten fürchten, wurde ebenfalls auf der Geheimkonferenz der Grubenbesitzer am 3. Januar 1909 in Berlin ausgesprochen. Bekanntlich waren die Ältesten Jungesblut (Verband) und Schäfer (Gewerksverein) am 7. Januar 1909 zu einer Konferenz mit dem Minister und den Grubenbesitzern nach Berlin geladen, um dort die Anschauungen der Bergarbeiter über das Gesetz die Sicherheitsmänner betreffend darzulegen. Damit beschäftigten sich auch die Grubenbesitzer tags zuvor in ihrer Geheimkonferenz und aus ihren Mäulern klang das Unbehagen vor den Arbeitervertretern. Dabei rief einer der Herren aus:

„Schäfer wird gar nichts sagen (allgemeine Heiterkeit), aber der andere. Ich habe gehört, Jungesblut soll einer der Schlimmsten sein.“

Diesem Urteil brauchen wir nichts hinzuzufügen!

Was den christlichen Gewerksvereinsführern Kopfschmerzen macht und was nicht!

Das Zentrum, die nationalliberale Partei und ihre Presse sowie der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter betonten, daß es sich bei der Knappschaftswahl um eine „Vorschlacht“ für die kommenden Reichstagswahlen handeln soll!

Vor allen Dingen soll der Verbandsführer Hue aus dem Reichstag entfernt werden!!!

Darum das Kompromiß, darum das Zagen hin und her. Christliche Gewerkschaftsführer treten in konfessionellen und politischen Vereinsversammlungen als Referenten auf und umgürtet schiden die politischen Parteien Redner in die christlichen Gewerksvereinsversammlungen hinein! Alle Nichtsozialdemokraten sollen gegen den Bergarbeiterverband zusammenstehen, damit die Vorschlacht der kommenden Reichstagswahlen gelingt. Alle Nichtsozialdemokraten werden auf das Wahlfeld gerufen, vom jüngsten Gewerksvereinsmitglied ab bis zu Stammes hinauf! Wahrhaftig, das ist ein grandioser Plan! Wenn nur die Bergarbeiter mitmachen wollten!

Um den Bergarbeiterverband niederzuwerfen im Ruhrbecken und um bei den Reichstagswahlen die Wiederwahl Quas, Bömelburgs und Hengsbachs zu verhindern, dazu gehören eben die Bergarbeiter, die aber die Sehnsucht der Zentrumskohorte und der nationalliberalen Drahtzieher nicht verstehen wollen, wie der Ausfall der Sicherheitsmännerwahl gründlich gezeigt hat. Ohne das Kompromiß wäre der Schlag, der den christlichen Gewerksverein am Tage der Sicherheitsmännerwahl betroffen, nicht so hart gewesen, wie er ist. Nun, jeder erntet ein, was er sät!

Aber so fragen wir: Gibt es wirklich für den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter keine bessere Aufgabe, als sich mit Zehen und Fingern zu verbünden, um so vereint den Bergarbeiterverband zu Boden zu werfen? Und was haben die Ruhrbergleute denn verdient, wenn statt Hue irgend ein Rektor oder irgend ein nationalliberaler Parteisekretär in den Reichstag gewählt wird?

Das sind Fragen, die wir zu stellen haben. Werden sie richtig beantwortet, dann sind diese Antworten nichts als der Beweis, daß dem christlichen Gewerksverein die parteipolitischen Interessen selbst arbeiterfeindlicher Parteien höher stehen, als die Interessen der Bergarbeiter. Die letzteren stehen doch mit auf dem Spiele, wenn von Zehen und Fingern ausgehalten Politiker die Sätze wirklicher Arbeitervertreter in den Parlamenten einnehmen? Stehen nicht die Dinge so, daß die Bergarbeiterschaft mit Abscheu sich daran erinnern muß, daß schon die bisher in die Parlamenten gewählten christlich-nationalen Arbeitervertreter unter Führung der christlichen Parteien Arbeiter- und Bergarbeiterinteressen ins Gesicht schlugen! Hat man im christlichen Lager immer noch nicht gelernt, daß die christlich-nationalen Vertreter in den Parlamenten zur Karikatur einer parlamentarischen Arbeitervertretung geworden ist? Man lese doch die grausamen und wechselliebigen Epithela des Herrn Stegerwald in seinen Jahresberichten über die christliche Arbeitervertretung in den Parlamenten. Hat man wirklich die Nase noch nicht voll, von der Tatsache, daß diese Abgeordneten gegungen sind, mit Füßen zu treten, was sie gewerkschaftlich hochgehalten hätten! Doch was ist das viel zu sagen! Wenn der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter glaubt, im Interesse des Zentrums und der Nationalliberalen die Knappschaftswahlen vollziehen zu müssen, so erinnern wir ihn an folgendes:

Im Ruhrbecken verunglückten im Jahre 1909 allein 52158 Bergarbeiter, von diesen wurden schwer verletzt 4828 und getötet 316 Bergarbeiter!!!

Den Vergleich zu den früheren Jahren zeigen folgende Zahlen:

	1905	1906	1907	1908	1909
Gesamtzahl der Unfälle . . .	41 096	44 267	46 474	50 681	52 158
Schwerverletzte	4 116	4 448	4 444	4 419	4 828
Getötet wurden	575	588	685	1 062	916

Nicht weniger als 45 476 Rentenempfänger sind im Ruhrbecken vorhanden. Das sind grauenhafte Ziffern!

Auf 1000 Bergarbeiter, die im Bochumer Knappschaftsverein versichert sind, wurden im Jahre 1909 rund 650 krank; insgesamt entfielen auf die versicherten 348 389 Krankentaggeldmitglieder 225 814 Erkrankungen!

Ferner waren 1909 vorhanden im Knappschaftsverein 31 352 Invaliden, 20 616 Witwen und 53 258 Waisen!

Für die Berunglückten und deren Hinterbliebenen, für die Erkrankten, wie für die Berginvaliden und deren Angehörige zu sorgen, das ist eine Aufgabe, die mit großem Ernst jede Organisation zu lösen hat.

Wer diese Aufgabe aber lösen will im Interesse der verkrüppelten, kranken und invaliden Arbeiter und deren Angehörigen, der kann das nicht im Kampfe gegen den Bergarbeiterverband besorgen! Wer das glaubt, schädigt die Bergarbeiter! Wer im Ernst den Armen helfen will, der wetteifert mit anderen um die beste Hilfeleistung für die Opfer des Bergbaues.

Wer es gut mit den Vergleuten meint, der kümmert sich um eine vernünftige, einwandfreie Vertretung im Knappschaftsverein, der schäme sich nicht mit den Werksbesitzern und deren Vertretern im Knappschaftsverein, so wie von den christlichen Vorstandskästchen geschäme worden ist! Der liest nicht Zeitungen, während der Zeit, wenn Verbandsvertreter Anträge stellen im Interesse der Knappschaftsmitglieder und begründen; der stimmt auch nicht, wie es durch christliche Arbeitervertreter geschehen ist, aus Prinzip gegen berechtigte Arbeiterforderungen, nur weil sie vom Bergarbeiterverband ausgehen! Und wer es schließlich mit den Vergleuten ehrlich meint, der kommt auch nicht her und löst sich seine Haltung bestimmen von dem eventuellen Ausfall der kommenden Reichstagswahlen im Ruhrbecken. Wer es ehrlich meint, der zieht die Mutantwendung aus obigen grauenhaften Zahlen, der sucht mit anderen Organisationen zu lindern, wo zu lindern ist; der lehnt es auch ab, mit den Zehen- und Fingerngenossen Arm in Arm gegen den Bergarbeiterverband zu marschieren. Schon deshalb, weil die Bergarbeiter dem Verbands vieles zu danken haben!

Aber dem Gewerksverein scheint der Ausfall der kommenden Reichstagswahlen mehr Beklemmungen zu verursachen, als die Knappschaftswahlen der Bergarbeiter! Wenn nur Hue nicht mehr wiedergewählt wird! Dann ist der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter gern bereit, selbst mit den anerkannten Arbeiterfeinden zu teufelmachteln. Fürwahr, mit dieser christlichen Arbeiterorganisation ist es sehr weit gekommen!

Warum denn das Kompromiß?

Der christliche Gewerksverein hat sich als starker Launig gegen die sozialdemokratische Fochslut erwiesen, darum ist es nötig, daß alle Nichtsozialisten dem Gewerksverein christl. Bergarbeiter bei den Sicherheitsmänner- und Ältestenwahlen beipflichten. Gelingt es mit vereinten Kräften, den Bergarbeiterverband bei diesen Wahlen zu schlagen, dann ist auch die sozialdemokratische Partei geschlagen! Und bei den kommenden Reichstagswahlen kann das Geschäft weiter gehen — — —

So schrieb die Zentrums-Presse und der „Bergknappe“ pflichtete ihr bei. Was diese Organe nun zu schreiben haben, nachdem die Sicherheitsmännerwahlen vorbei sind, wissen wir ja in diesen Tagen lesen können. Gewiß ist, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat alle Ursache, das von ihm so heiß ersehnte und unter gewissen Schwierigkeiten zustande gekommene Kompromiß mit nassen Augen zu betrachten. Ihm muß es übel werden ob dem Ausfall der Wahlen, wie es der bürgerlichen Presse übel geworden ist ob der Wahlen, die auf politisch-parlamentarischen, ferner auf kommunalen und sozialpolitischen Gebieten vor sich gegangen sind.

Als im Jahre 1907 die Reichstagswahlen es mit sich brachten, daß der sozialdemokratischen Partei eine ganze Anzahl Abgeordnetensitze entzogen wurden, da kannte der Jubel im bürgerlichen Lager und auch in christlichen Gewerkschaftskreisen keine Grenze mehr. Man kinnerte sich wenig darum, daß die sozialistischen Stimmen trotzdem ganz bedeutend gestiegen waren. Söhnend schrieb man vom gefallenen „Reis in der Frühlingnacht“. Und der „Bergknappe“ schrieb bei dieser Gelegenheit auch vom „Verbandshaus, wo es so und traurig aussieht“ sollte!

Inzwischen sind einige Jahre vergangen und manches ist passiert, was die großen und großen Schreier vom Jahre 1907 Lügen gestraft hat. Wenn der Sozialismus totgeredet werden könnte, es wäre von ihm auch nichts mehr übrig geblieben, so aber dringt er immer mehr und mehr in die breiten Volksmassen ein. Eine Bewegung und einen Vormarsch, die die Bewunderung der ganzen Kulturwelt hervorgerufen hat.

„Die sozialdemokratische Flut habe sich viel stärker erwiesen, als irgend jemand voraussehen konnte. Eine derartige läckenlose Reihe von Erfolgen siehe ohne Beispiel da!“

Diese Aufzählungen eines dem Bundesrat nahestehenden Herrn weiß die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 728) weiter zu erzählen. Damit ist die Situation beschriftet.

Nachdem die sozialistische Arbeiterbewegung ist im glänzenden Aufstiege begriffen — politisch, gewerkschaftlich und gewerkschaftlich! Eine gewaltige Arbeit, die der geistigen und wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterklasse diene, hat die beste Grundlage für diesen Aufstieg abgegeben. Hierfür einige Zahlen.

Innerhalb eines Jahres fanden 14 Nachwahlen für den Reichstag statt. In diesen 14 Wahlen gewannen die Sozialdemokraten 26 327 Stimmen, während die bürgerlichen Parteien gegenüber der Stimmenabgabe bei den Hauptwahlen im Jahre 1907 einen Verlust von 49 827 Stimmen zu beklagen hatten! Sieben neue Reichstagsmandate wurden von der sozialdemokratischen Partei erobert. Inzwischen (am 24. August) wurde ein neuer Wahlkreis hinzugewonnen und der frühere Geistliche Höre als sozialdemokratischer Parteikandidat mit großer Majorität gewählt. Die bürgerlichen Parteien verloren hierbei 5200 Stimmen, während die sozialdemokratischen Stimmen um 3089 zunahmen!!! Kein Wunder, wenn die bürgerliche Presse den Sozialdemokraten für die nächsten Hauptwahlen zum Reichstag mehr als 100 Mandate herausredet!

Dasselbe Bild wie bei den Nachwahlen zum Reichstag boten die Landtagswahlen innerhalb des letzten Jahres. Überall großer Stimmenzuwachs der Sozialdemokraten, in die Verluste teilten sich, wie bei den Reichstagswahlen, alle bürgerlichen Parteien. Geradezu erstaunlich war der Erfolg der sozialdemokratischen Partei in Baden und in Sachsen. Im Jahre vorher (nach dem Bericht des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei für den Leipziger Parteitag für das Geschäftsjahr 1908/09 September bis September) waren in 19 deutschen Bundesstaaten 140 sozialdemokratische Abgeordnete vorhanden; zurzeit sind es 186 sozialdemokratische Abgeordnete.

Ebenso ist ein Wachstum der sozialdemokratischen Gemeindevertretung nachzuweisen. Im letzten Jahre stieg die Zahl der Orte mit sozialdemokratischen Gemeindevertretern von 2219 auf

2497 und die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 6481 auf 7729!!

Hunderttausende Bürger aller Bevölkerungsschichten sind in der sozialdemokratischen Partei politisch organisiert. Keine Partei kann eine solche Zahl organisierter Mitglieder aufzählen, wie die sozialdemokratische, und keine hat hierbei einen solchen Wachstum aufzuweisen. Der Mitgliederbestand der Partei, die bei der letzten Reichstagswahl (1907) rund 3 1/2 Millionen Stimmen aufbrachte, hat sich im Laufe der letzten fünf Jahre wie folgt bewegt:

1906	884 327 Mitglieder	1908	587 836 Mitglieder
1907	530 466 Mitglieder	1909	633 309 Mitglieder
	1910	720 038 Mitglieder	

Im Kampfe um die Arbeiterrechte stehen der Partei zur Seite die freien Gewerkschaften, die heute rund 2 000 000 Mitglieder

zählen. Genossenschaftlich haben sich rund 1 1/2 Millionen Arbeiter und Kleinbürger organisiert!

Die Verzerzahl der Organe, die Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften herausgeben, beläuft sich auf 2 1/2—3 Millionen. Große eigene Druckereien, Gewerkschaftshäuser, Kauf- und Warenhäuser, sowie Fabriken der Genossenschaften zeugen von der Leistungsfähigkeit der sozialistisch denkenden Arbeiter. Millionen auf Millionen Mark werden jährlich für die wirtschaftliche und geistige Hebung der Arbeiter aufgebracht. Mit Fleiß und Energie ist alles tätig, um den Strom der Arbeiterbewegung, der gewaltigsten einheitlichen Kulturbewegung aller Zeiten, vorwärts zu bringen. Diese Bewegung hält die ganze Welt in Atem und rückt unaufhaltsam voran. Kein Kulturland gibt es, ohne eine mehr oder minder starke sozialistische Bewegung zu besitzen. Wir können und wollen uns hier nicht im einzelnen ergehen. Wir haben nur zeigen wollen, wie die Flut der sozialistischen Bewegung zum Schrecken aller Arbeiterfeinde steigt.

Und diese vorandrängende Arbeiterbewegung soll durch den christlichen Gewerksverein zurückgedrängt werden? Durch die Zehen, Treute, Ambusch, Behrens und Genossen? O weh, was bilden sich diese Menschen eigentlich ein! Für was halten sich denn diese Leuten, die für ihre Organisationen kein Mitglied erhalten können, ohne bei ihrer Verarbeitung die geistigen Anleihen aus der Kistkammer der sozialistischen Arbeiterbewegung zu entnehmen — sie wollen diese Bewegung niederrücken? Da kann nur eins helfen: Eine Schlappe nach der anderen muß diesen eiteln Becken und Sozialistenfressern beigebracht werden, damit sie das Denken lernen!

Eine Kulturströmung, wie der Sozialismus sie herbeigeführt hat, ist durch Personen nicht zu überwinden! Sie kann nicht totgeredet und nicht totverkümdet werden. Die vielen Millionen Arbeiter, die heute schon zum Sozialismus schwören, sind keine Sockköpfe, die sich über ihre Bewegung und über ihr Ziel im Unklaren sind. Diese Arbeiter wissen, daß sie die Träger einer Kulturbewegung sind und sie wissen, wie sie ihre Kämpfe zu führen haben, die die Erlösung der darbedenden Menschheit zum Zweck und Ziel hat.

Volksauszehrung.

Wir haben in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ über den Notschrei der Habelschwerdter Zündwarenindustriearbeiter berichtet und auch über die verlogene Art und Weise, wie das Zentrum diesen seinen Opfern Sand in die Augen zu streuen versucht. Mehrere Hundert dieser armen Arbeiter in jenem Bezirk leben in bitterster Not, da sie zum großen Teil durch die letzte Reichsfinanzreform arbeitslos geworden sind. Um dieser Not abzuhelfen, hat sich dann der katholische Arbeiterverein in Habelschwerdt an den Reichskanzler um Unterstützung gewandt. Was wird das nützen? Sie sind doch keine Junker und hohe Staatsbeamten!

Die durch die letzte Finanzreform beschäftigungslos und unterstützungslos gewordenen 50 000 Tabakarbeiter haben noch einige staatliche Unterstützungsmittel erhalten. Als aber die Sozialdemokraten bei Beratung der Reichsfinanzreform zugleich bei der Zündwarenindustrie beantragten, den geschädigten Zündwarenarbeitern Unterstützung zu zahlen, da lehnten das Zentrum, die Konservativen und ihr Anhang diese sozialdemokratische Forderung ab! Auch die „christlich-nationalen“ Arbeiterabgeordneten, die Schäfer, Behrens, Becker usw. halfen den zentrumlich-konservativen Junkern, den hungernden Habelschwerdter Arbeitern den Brotkorb höher zu hängen! Und das alles, um die Reichen vor der Erbschaftsteuer — einer wirklichen Besitzsteuer — zu schützen!

Wir haben nicht nötig, nach Habelschwerdt hinzuschauen. In unserem Artikel: „Englische Bergarbeiterführer übertreiben die Auszehrung der Arbeiter in Deutschland“ in voriger Nummer unserer Zeitung haben wir gezeigt, wie groß die Armut auch unter den Bergarbeitern ist. Wie froh heute viele Bergarbeiter sind, wenn sie bei ihrer schweren Arbeit Freibrot, Pferde-, Hunde- und Katzenfleisch genießen können.

Die Löhne sind infolge der wirtschaftlichen Krise und aus anderen Gründen heraus stark gefallen.

Die eigentlichen Bergarbeiter verdienen im Ruhrbecken im Jahre 1909 316 Mark weniger als im Jahre 1907!!!

Trotz dieser Lohereduktionen stimmten die Behrens, Giesberts, Schäfer, Becker und andere christliche Arbeiterführer im deutschen Reichstag für eine ungeheuerliche Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter, ohne Rücksicht darauf, daß die Arbeiterkraft so schon unter Zoll- und Steuerbelastung hart bluten und hungern muß! Ragern doch schon auf folgenden Lebens- und Genussmitteln folgende Steuern:

1 Kilogramm Roggenbrot	5,8 Pf.
1 Kilogramm Weizenbrot	6,4 Pf.
1 Kilogramm Mehl	10,2 Pf.
1 Kilogramm Graupen, Gries	12,0 Pf.
1 Kilogramm Fleisch	35,0 Pf.
1 Kilogramm Speck	36,0 Pf.
1 Kilogramm Schmalz	10,0 Pf.
1 Kilogramm Butter	20,0 Pf.
1 Kilogramm Margarine	20,0 Pf.
1 Kilogramm Käse	15,0 Pf.
1 Kilogramm Eier (20—25 Stück)	2,0 Pf.
1 Kilogramm Erbsen, Binsen	1,5 Pf.
1 Kilogramm Juder	14,0 Pf.
1 Kilogramm Kaffee (roh)	60,0 Pf.
1 Kilogramm Tee	100,0 Pf.
1 Kilogramm Kakao	20,0 Pf.
1 Kilogramm Schokolade	50,0 Pf.
1 Kilogramm Gewürz	50,0 Pf.
1 Kilogramm Salz	12,0 Pf.
1 Stück Biering	1/2—1,0 Pf.
1 Liter Bier	4,5 Pf.
1 Liter Branntwein	47,0 Pf.

1 Liter Petroleum	8,0 Pf.
1 Pfund Feinziggarre	1,0 Pf.
10 Stück Zigaretten à 1 1/2 Pf.	2,0 Pf.
10 Stück Zigaretten à 2 1/2 Pf.	3,0 Pf.

Man kann also wirklich sagen, daß außer der Luft und dem Grab in Deutschland vom Staate nichts unberkennter gelassen worden ist. Die entsetzlichen Gesamtlasten, die das deutsche Volk zu tragen hat, hat man folgendermaßen berechnet:

Für das Reich:

Böle auf Nahrungs- und Genußmittel	482 Mill. Mk.
Böle auf Industrieprodukte	235 Mill. Mk.
Indirekte Steuern	1 180 Mill. Mk.

Vorzugsleistungen der Agrar- und Industriekapitalisten:

Versteuerung der inländischen Lebensmittel	1 264 Mill. Mk.
Versteuerung der inländischen Industrieprodukte	1 000 Mill. Mk.
Versteuern	122 Mill. Mk.
Steuern in Bundesstaaten und Gemeinden	1 717 Mill. Mk.
Strafsteuern	60 Mill. Mk.

Gesamtbelastung 6 030 Mill. Mk.

Auf den Kopf der Bevölkerung beträgt die Last (ohne direkte Einkommensteuer) jährlich 94 Mark. Auf den deutschen Durchschnitts-Familienhaushalt von 4,7 Köpfen jährlich 442 Mark!!! Wenn nun auch nicht jede Arbeiterfamilie diese 442 Mark Tribut von ihrem Einkommen an Staat, Gemeinde, Junker und Großindustrielle zu zahlen hat, so gibt es dafür wieder übergenug Arbeiter, die über diese Summe hinauskommen!

Ein Skandal sondergleichen!
Drückend empfunden werden in letzter Zeit
die hohen Fleischpreise,
die in vielen Städten und Bezirken jetzt zu Protesten geführt haben. So führte der

Bürgermeister Wynn in Castrop
tätlich im Castroper Stadtverordnetenkollegium an,
daß die Arbeiter kaum noch imstande seien, ein Pfund Fleisch zu kaufen! So wie es jetzt sei, könne es einfach nicht bleiben, die Arbeiter litten tatsächlich an Unterernährung! Die hohen Fleischpreise seien in der verkehrten Wirtschaftspolitik zu suchen. Besonders seien die hohen Böle daran schuld!!

Die Wahrheit, die in diesen Worten liegt, ist unverkennbar und wird von vielen anderen Stadtoberhäuptern geteilt! Ueberall werden z. B. von den Städten, Bürgern und Arbeitern Protestkundgebungen gegen die künstliche Fleischteuerung, und nur um eine solche handelt es sich, veranstaltet.

Selbst christliche Arbeiter empören sich über die Teuerung! So hat in der Stadt Kempen das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften eine Resolution gefaßt, in der es u. a. heißt:

„Die Lebensmittelteuerung hat in der letzten Zeit Formen angenommen, die für weite Kreise, besonders für die Arbeiter, unerträglich geworden sind. Fast kein Bedarfsartikel ist in den letzten Jahren von Aufschlägen frei geblieben. . . . Wohnungs-, Gemüse- und ganz besonders die geplante Milchverteilung beweisen, daß der Gegenwart die Teuerung innewohnt, alle Lebensmittel und Bedarfsartikel im Preise hinaufzulesen. Am meisten haben die Arbeiter darunter zu leiden. Sie sehen sich um die Erfolge der gewerkschaftlichen Arbeit der letzten und kommenden Jahre gebracht. . . .“

Die Fleischteuerung zeigt sich in folgenden Zahlen. Die amtliche Korrespondenz des königlichen Statistischen Landesamts in Berlin vom 20. August 1910 verzeichnet:

Rindfleisch:		
1. Hälfte August 1909:	155,9 Pfennig für 1 Kilogramm	
1. " Juli 1910:	159,6 " " 1 " "	
2. " Juli 1910:	160,4 " " 1 " "	
1. " August 1910:	163,1 " " 1 " "	
Kalbfleisch:		
1. Hälfte August 1909:	173,6 Pfennig für 1 Kilogramm	
1. " Juli 1910:	178,8 " " 1 " "	
2. " Juli 1910:	181,0 " " 1 " "	
1. " August 1910:	183,9 " " 1 " "	
Schaffleisch:		
1. Hälfte August 1909:	169,6 Pfennig für 1 Kilogramm	
1. " Juli 1910:	173,7 " " 1 " "	
2. " Juli 1910:	173,2 " " 1 " "	
1. " August 1910:	174,3 " " 1 " "	
Schweinefleisch:		
1. Hälfte August 1909:	162,1 Pfennig für 1 Kilogramm	
1. " Juli 1910:	159,6 " " 1 " "	
2. " Juli 1910:	160,4 " " 1 " "	
1. " August 1910:	162,1 " " 1 " "	
Schafschmalz:		
1. Hälfte August 1909:	73,9 Pfennig für 1 Kilogramm	
1. " Juli 1910:	75,0 " " 1 " "	
2. " Juli 1910:	75,4 " " 1 " "	
1. " August 1910:	75,8 " " 1 " "	

Wir haben schon weiter oben gezeigt, wie die einzelnen Lebensmittel durch Böle und Steuern belastet sind und wie sich die Junker und Junkerherrschaften die Böle zunutze machen, die Inlandspreise für die Lebensmittel in die Höhe zu schrauben!

Was nun noch die Steigerung der Fleischpreise anbelangt, so hat man diese Steigerung mit zurückzuführen auf die Fleischuntersuchungskosten, Viehvericherungskosten und auf die Verzinsung und Amortisation der mit einem Aufwand von 320 Millionen Mark erbauten Schlachthöfe. Gegen diese Ausgaben ließe sich an sich weniger sagen, aber gegen die Böle und Steuern, die der Fleischteuerung ganz besonders Vorschub leisteten.

An Schlacht- und Fleischsteuer erheben nach dem Wegfall der Kommunalen Fleischsteuer (die 1 1/2 Millionen Mark betrug) als Staatssteuer das Reich 5,7—6 Millionen Mark, das Großherzogtum Baden 0,8 Millionen Mark und das Großherzogtum Sachsen-Altenburg 130 000 Mark jährlich, zusammen circa 7 Millionen Mark.

Die Böle beladen den Fleischkonsum mit 5,7—8 Millionen Mark für Rinder, 1,5—2 Millionen Mark für Schweine, zusammen 9—10 Millionen Mark für Lebensmittel.

Die Fleischböle weisen infolge des starken Wachstums in der letzten großen Schwankungen auf; sie stellten sich in den letzten Jahren auf 4,6—6,7 Millionen Mark, für Schmalz auf 12—13 Millionen Mark.

Wenigstens hierbei ist, daß die Böle für Rindvieh bis zum Jahre 1902 4 Prozent, von da ab bis zur Einführung des neuen Zolltarifs 2 Prozent des Wertes ausmachten, während sie unter dem neuen Zolltarif in den letzten Jahren trotz der eingetretenen Preissteigerung sich auf 10 Prozent erhöhten! Der Schweinezoll stellte sich in den Jahren 1901—1905 auf 4,5 Proz.

des Wertes, nach Erhöhung des Zolltarifs stieg er auf 9 Prozent des Wertes. Der Fleischzoll stieg von 14—15 Prozent nach Einführung des neuen Zolltarifs auf 19—21 Prozent des Wertes.

Es ist indes bei alledem zu berücksichtigen, daß die Einfuhr durch Untersuchungsgebühren, die dänische Minderzufuhr durch die Linderfüllprobe und Quarantäne usw. noch erheblich verteuert wird. Die Einfuhrkosten stellen sich bei einem Ochsen von 500 Kilogramm Lebendgewicht ohne den Zoll auf etwa 40 Mark pro Stück; bei der dänischen Einfuhr betragen die Kosten der Quarantäne allein 16 Mark, dazu kommen 2 Mark Untersuchungsgebühren.

Berechnet man die Stückböle auf das Durchschnittsgewicht, so ergibt sich: der Zoll pro Doppelzentner wurde erhöht:
für Ochsen von 5,10 auf 8 Mk.,
für Rindfleisch und Kalbfleisch von 1,80 auf 3 Mk.,
für Schaffleisch von 0,60 auf 1 Mk.,
für Schweinefleisch von 1,70 auf 3 Mk.,
für Schmalz von 3,30 auf 5 Mk.

die Grenzsperrn
für ausländisches Vieh. Es gibt Länder, die einen großen Ueberfluß an Vieh besitzen. So hat z. B. der argentinische Konsul in Wien erklärt, daß die argentinische Regierung allein wöchentlich eine Schiffsladung von 1500 bis 2000 Minderen bester Qualität zum Verkauf und Verkauf bringen könnte! Und das zu einem ganz bedeutend billigeren Preise, als wie sie bei uns zum Verkauf gelangen! Und das trotz Versandkosten, Böle usw. Aber die deutsche Regierung gestattet im Interesse der Junker die Einfuhr nicht! Je größer der Mangel an Fleisch im Inlande, um so höher im Preise können die Junker ihr Vieh verkaufen! Sie reiben sich ob der hohen Preise vergnügt die Hände, das arbeitende Volk aber entbehrt und hungert!

Die Grenzsperrn bleiben bestehen, nur in ganz geringen Quantitäten läßt die Regierung Fleisch über die Grenzen. Die Folge ist, daß das Ausland billige Fleischpreise hat, im Inland weiß man nicht das Geld in Arbeiterfamilien aufzubringen, um Fleisch zu kaufen. Die Mittergüter der Junker steigen gewaltig im Wert. Den Junkern alles, den Arbeitern nichts! Mag der Arbeiter wochen- und monatelang streiken, ehe er sich eine einzige Lohnerrhöhung erkämpft! Aber auch dann noch möchte man durch Zuchthausarbeit und durch alle möglichen anderen Mittel den Arbeitern dieses, ihr letztes Mittel zu ihrer wirtschaftlichen Verbesserung illusorisch machen.

Ueber die Grenzen wandern täglich tausende von Arbeitern, um die paar Pfund Fleisch, die der Besteuerung nicht unterworfen sind, nach der deutschen Heimat zu schleppen. Stundenweite Wege werden gemacht.

In Frankreich sind z. B. das Pfund Speck und andere Fleischsorten um 40 Pfennig billiger, als im nahegelegenen deutschen Groß-Mouren!

Ein Grenzübersteher im zuletzt genannten Orte zählte an einem Tage 1700 Personen, die sich das gestattete Fleisch über die Grenze holten! In Belgien, Holland, England usw. sind die Fleischpreise ebenfalls weit niedriger als in Deutschland. So wird das deutsche Volk ausgebeutet und alles das nur, damit es den Junkern und den Großkapitalisten wohl ergehe auf Erden! Das Schlimmste aber dabei ist, daß

diese Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter mit auf das Schuldkonto der christlichen Gewerkschaften und ihrer Führer zu setzen ist!!!

Wenn es galt, die Arbeiter mit neuen Bölen und Steuern zu belasten, dann haben die christlichen Gewerkschaften und ihre Organe kein Wort des Protests und der Empörung geäußert. Nein, sie schwiegen still, hielten den christlichen Arbeitern die Mienen und Mund zu und sagten: „Seid ruhig; wir christlichen Gewerkschaften sind „neutral“! Wir dürfen keine Mein- und Steuerfragen erörtern. Aber wenn die Junkerpartei den Zornern beschließen, dann müssen sie sich auch nötig gemacht haben. Seid still, Arbeiter, und müßt nicht! Wer gegen die Ausbeutung sich wehrt, ist Sozialdemokrat, ist ein Heber, ist alles, nur kein Christ! Christen sind die Teuerung, bekämpft die empörrten Arbeiter!“ So sind die Arbeiter nachweislich verhöhnt worden. Christlich-nationale Arbeiterorganisationen wie Mathias Schiffer, haben zwar gesagt, daß man auf der einen Seite nicht gewerkschaftliche Forderungen als Arbeiterführer vertreten kann und auf der anderen für grausame, arbeitserleichternde Steuern stimmen! Aber da ging er nicht seinen Kollegen hin und stimmte für diese — grausamen Steuern! Sind das die christlichen Taten, wie sie der arme Zimmermannssohn aus Nazareth den Menschen anbefohlen hat zu vollführen?

Ja, wenn es sich um Ministergehälter oder um Erhöhung der Gehälter für bessere Staatsbeamte, um Erhöhung der Zivilliste des Königs von Preußen handelte, dann bewilligten die christlichen Arbeiterführer das Geld hierfür haufenweise!

Den lipzischen Bergarbeitern, die kaum 900 Mark im Jahr verdienen, und die bezahle an den preussischen Landtag wegen der zunehmenden Teuerung um 30 Pfennig Lohnzulage petitionierten, diesen Bergarbeitern lehnten die christlichen Arbeiterführer im Landtag, die Herren Drust, Imbusch, Giesberts usw. die gewünschte und berechnete Forderung ab.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Gewerkverein und Stinneszehen.
„Auf den Stinneszehen haben schon vertrauliche Beratungen und Besprechungen über die gemeinsamen Nächstkandidaten stattgefunden auf den anderen Zehen hat man gleichfalls gehandelt und gemeinschaftlich, wie die Posten verteilt werden.“

so schreiben wir in Nr. 30 unserer „Bergarbeiter-Zeitung“. Mit einem gewaltigen Aufwand von Lungentrakt suchten der „Bergknappe“, die Zentrums- und die Agitatoren des Zentrums- und Zehengewerkschaften das zu bestreiten. Allein in der letzten Nummer unserer Zeitung haben wir in 18 Fällen einwandfrei das intime Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Zehen nachweisen können. Auf unsere Feststellungen geht der „Bergknappe“ auch nicht mehr näher ein, nur werden die vertraulichen Beratungen und Besprechungen mit den Stinneszehen bestritten, obgleich es in Carnap die Späßen von den Dächern pfeifen. Lassen wir darum Tatsachen reden:

1. Der jetzige Nächstkandidat des Gewerkschafts, Walter-Carnap, ist 1901 als gemeinsamer Kandidat des Gewerkschafts und der Zehengewerkschaft gewählt worden, obgleich er dem Gewerkschaft damals gar nicht angehörte. Walter ist Invalide und scheidet jetzt aus.
2. Zu einer gemeinsamen Besprechung über die Aufstellung der Nächstkandidaten in Hörtermark, im Monat Juli, war auch der Vorsitzende des evangelischen Knapperevereins geladen, dessen erster Vorsitzender der unjüdische Kameraden so sehr bekannte Obersteiger Papst

von Zehengewerkschaften ist. Papst ist einer der schärfsten Gegner unseres Verbandes. Als solcher steht er auch bei unteren Verbandskameraden von Zehengewerkschaften, Gustav und Ernest in gutem Ansehen.

3. Einer Mitgliederversammlung des Gewerkschafts, im Lokale Herrn Papst am 21. August in Carnap, wohnte auch der Obersteiger Papst bei. In dieser Versammlung plädierte er für die Aufstellung eines unorganisierten Kandidaten; er sagte: „Warum soll der Kandidat organisiert sein? Wir können auch sehr gut einen unorganisierten aufstellen! Unter den Unorganisierten gibt es auch Leute, die das Amt eines Nächstkandidaten sehr gut führen können.“ Damit aber Sumo auf seine Kosten kam, versicherte der Obersteiger Papst, daß er nicht in seiner Eigenschaft als Obersteiger, auch nicht als Vorsitzender des evangelischen Knapperevereins gesprochen habe.

Das erklärte auch bekanntlich der Obersteiger Zimmermann von Zehengewerkschaften. Die Herren Obersteiger, die für den Zehengewerkschaft die Agitation betreiben, scheinen sehr vielseitige Leute zu sein.

4. Als Kandidat des Gewerkschafts bei den Sicherheitsmännerwahlen auf Zehengewerkschaften war Johann Geis aufgestellt, der aber dem goldenen Zehengewerkschaft angehört hatte.

5. Selbst der Kassierer der Zehengewerkschaften und Nächstkandidat des Gewerkschafts, Johann Brandner, sagte: „Ich bin die Schwärze im Zehengewerkschaft schon lange Zeit; es kann sein, daß ich in der nächsten Woche die Brocken hinwerfen!“

6. Wie groß die Unzufriedenheit unter den Mitgliedern des Gewerkschafts in Carnap ist, ergibt sich aus der Klage des christlichen Kameraden Joh. Gemmer, der auch den „Bergknappen“ austritt, unseren Verbandskameraden gegenüber: „Ich gehöre dem Gewerkschaft schon seit 1895 an und habe stets meine Pflicht getan; ich bin die Besichtigte jetzt. Ich werde bis nach den nächsten Wahlen noch ausfüllen, dann aber mache ich Schluss und trete aus dem Gewerkschaft aus!“

Genügen diese Beweise, lieber „Bergknappe“?

Der verfolgte Zehengewerkschaft.

Um sich von dem Vorkauf, ein gelber Zehengewerkschaft zu sein, zu reinigen, läßt der „Bergknappe“ sich aus Lotzungen eine Geschichte über die Verfolgung des Zehengewerkschaft und die Lebenspassion seiner Mitglieder erzählen, die gerade „greifend“ schauerlich klingt und den „ebenen“ Zehengewerkschaften weh und schön, als Phönix aus der Asche der „Verleumdungen“ aufsteigt, während alle diejenigen, die noch an einen Zehengewerkschaft glauben, reif fürs Zehengewerkschaft erklärt werden. Wahrgelungen, Verfolgungen, schwarze Listen, Aussperrungen und sogar den gesellschaftlichen Wohlstand schenke man nicht. Beamten sprengten ihnen die Versammlungen, der „Lothringer“, ein Schafmagererzogen „schlimmste Mord“, bekämpfte sie, während er für den Verband eintrat. Zu dieser Mauergeheule ist zu bemerken, daß der Zehengewerkschaft bei seiner „Einzig“ ins Minettegebiet genau so verfolgt worden ist, wie auch der Verband und daß Herr de Wendel seine Belegschaften vor den „schwarzen Sozialisten“ warnte, damals auch Wahrgelungen katholischer Arbeiter durch die Firma der streng katholischen Familie de Wendel vorgenommen sind und die katholische Geistlichkeit gegen den „christlichen Zehengewerkschaften“ predigte, der „Führer“, Herr Karus, auf Treiben eines Geistlichen aus dem katholischen Arbeiterverein ausgeschlossen wurde, womit wohl der „gesellschaftliche Wohlstand“ gemeint ist. Ober sollten die Herren „Christen“ in den „ersten Kreisen“ verkehren, wo es Mode ist, einen zu „schneiden“, der aus der Art schlägt. Doch die Zeit der Drangsale war aber einmal. Heute, nachdem der Verband in Lothringen viel stärker vertreten ist als der Zehengewerkschaft, hat auch die „christlich-katholische Firma de Wendel ihren Standpunkt gegen die „schwarzen Sozialisten“ geändert, unterführt die „Christen“, anstatt sie zu verfolgen. M. Gladbacher Wanderredner wie Collet und andere, die allsonntäglich ins Land ziehen, die Sozialdemokraten „anständig widerlegen“, in „großen Rügen“, die Aufgaben und Ziele der „christlich-nationalen“ Organisation predigen, selbstständig Versammlungen abhalten, werden nicht nur nicht gemahngel, sondern auf den Gruben des Herrn de Wendel in die Reihen der „Kameraden“ aufgenommen. In Gegenwart der Wendelscher Beamten sprechen diese M. Gladbacher Redner die Familie de Wendel, ohne daß ihnen ein Haar gekrümmt wird, während man von unseren Mitgliedern den Austritt aus dem Verbande fordert. Wenn im Minettegebiet die Versammlungen des Herrn Karus meistens oder wohl alle als Mandatversammlungen enden, so liegt das ganz allein in dem Auftreten dieser „Christenmenschen“, der so „wichtig“ und „überzeugend“ spricht, daß nach wenigen Sätzen die Zuhörer — mögen es nun Arbeiter oder Beamte sein — vor „Begeisterung“ und „Entzückung“ laut aufschreien! Der Verband verhält sich über einen solchen „Demosthenes“, der es versteht, alle, die ihm zuhören, in eine Verzückung hineinzuführen, wo jeder die Selbstherrschung verliert und dann nach dem Grad seiner Verzückung ein Zehengewerkschaft ausstößt. Die Zuhörer, Steeger und Konstantin bringen ja auch schon „Stimmung“ in die Versammlungen, aber Karus seine Neben wirken wie der Gesang des alten Orpheus, der, wenn er sang, die Klisse im Lauf aufhielt, die Bäume entwurzelt und die Bestien der Wälder besänftigte! Gegen die Wucht einer Karusrede sind auch die Beamten nicht immun, sie verfallen ebenfalls in Verzückung und brüllen wie alle anderen Menschen. Der „Lothringer“ ist ein katholisches Blatt, wird von katholischen Geistlichen redigiert — Chefredakteur ist Abbé Rüd — und bekämpft unseren Verband ganz entschieden. Wichtig ist, daß der „Lothringer“ sich mehrfach gegen die sittenverpeitende Schreibung und Redeweise der M. Gladbacher mit aller Schärfe gewandt hat, wobei er dann betonte, daß die sozialdemokratischen Agitatoren in Ton und Sprache doch den Anstand zu wahren wüßten. Das Ostfriesen-Blatt gegen unseren Kameraden Leimpeker forderte der „Lothringer“, stellen die Familienwäiter in den Dfen werfen. Das Flugblatt sei so schmutzig, daß man es nur mit der Zange anfassen könnte! Der „Lothringer“, dessen Redakteure französische Geistliche sind, ist noch nicht so tief gesunken, alle Ehrabschneidungen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokraten gutzuheißen, das ist alles, was das Blatt für uns getan hat.

Wenn das die ganze „christliche“ Beweisführung gegen den Vorkauf Zehengewerkschaft ist, so ist er mitleidlich und da in diesem Falle auch der § 193 keine Anwendung finden kann, muß das frühere Urteil Zehengewerkschaften aufrecht erhalten und der Versuch zur Meinung als gescheitert betrachtet werden.

Ungeliche Sünden der Verbandsältesten.

Die Knappschlafkrankenhäuser wurden einstimmig bewilligt.

Eine der Hauptschuldigungen, welche gegen den Verband und seine Ältesten erhoben werden, ist die, daß die Verbandsältesten seien schuld daran, daß der Knappschlafverein eigene Krankenhäuser in Gelsenkirchen und Necklinghausen erbaut habe. Um zu zeigen, daß die Anschuldigungen völlig erfunden sind, geben wir nachstehend einen „Auszug“ aus dem Protokoll der ordentlichen Sitzung des Vorstandes des Allgemeinen Knappschlafvereins vom 7. Januar 1902.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:
Dem Vorstande ist ein Auszug aus dem Bericht des Kuratoriums vom 28. Dezember, enthaltend zwei Punkte, zugegangen, die einer Beschlußfassung bedürfen.

- a) Den Krankenhäusern, die den Pflegevertrag gekündigt haben, wird vorläufig für ein Jahr ein Pflegegeld von 2 Mark gezahlt. Von diesen 2 Mark gelten bis auf weiteres 1,75 Mark für Verpflegung und 0,25 Mark für Arznei. Dem Kuratorium wird aufgegeben, die Frage zu erörtern, ob die vorbezeichnete Verteilung den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt ist.
- b) Weiter spricht sich der Vorstand einstimmig grundsätzlich für den Bau von eigenen Krankenhäusern aus und scheidet der Vorlage von Plänen und Kostenschätzungen, zunächst für den Bau eines Krankenhauses in Uedendorf, durch den Kuratorium entgegen und

nimmt als Ort für den Bau eines zweiten Krankenhauses...

Als Arbeitervertreter nahmen an der Sitzung teil:

Verbandsälteste:

Wienle, Fröhlich, Heibdrin, Schläffer.

Gewerkschaftsälteste (Christlich):

Sessel, Köster, Schäfer I, Romberg, Wingen, Esser, Weder II.

Unorganisierte (Gemäßigte):

Röthhoff, Düger, Schläfener, Bloch, Weinberg.

Also einstimmig ist der Beschluß gefaßt worden, sämtliche Vorstandsältesten haben den Bau von Krankenhäusern zugestimmt...

Das Automobil des Knappschafftsvereins wurde einstimmig bewilligt.

Die Verbandsältesten haben das Automobil des Knappschafftsvereins für 30 000 Mark bewilligt...

In dem Protokoll über die Sitzung des Rechnungsausschusses vom 2. April 1908 heißt es wörtlich:

„Der Ausschuss (Rechnungsausschuss) schlägt dem Vorstand einstimmig vor, ein Automobil für die Direktion zu beschaffen, mit etwa 14 bis 22 Pferdekräften.“

In diesem Ausschuss, der einstimmig die Beschaffung eines Autos beschloß, sind aber nur zwei Verbandsälteste, dagegen drei christliche Älteste vorhanden...

Und in dem Protokoll über die Vorstandssitzung vom 24. April 1908 heißt es:

„Betreffend des Punktes 8, „Beschaffung eines Automobils“, wird dem Vorschlag des Rechnungsausschusses auf Anschaffung eines Automobils zugestimmt...“

Also die „Christlichen“ Ältesten haben für Anschaffung des Automobils gestimmt, der „Christliche“ Schäfer hat es mitgekauft...

Die Verbandsältesten haben den Kranken in den Knappschafftskrankenhäusern den geistlichen Zuspruch verweigert.

so behaupten die „Christlichen“. Diese Behauptung wird ebenfalls wider besseres Wissen aufgestellt. Es ist unklar, daß die Verbandsältesten den Kranken in den Knappschafftskrankenhäusern den geistlichen Zuspruch verweigert haben...

Der Verbandsälteste Heibdrin wollte den Besenbesitzern zur Bekämpfung der Wurmkrantheit einen Beitrag aus der Knappschafftskasse bewilligen.

so behaupten die „Christlichen“. Diese Behauptung wird ebenfalls wider besseres Wissen erhoben. Es ist unklar, daß Heibdrin in der Sitzung des Sonderausschusses für die Wurmkrantheit vom 2. März 1908 den Besenbesitzern einen Beitrag zur Bekämpfung der Wurmkrantheit bewilligen wollte...

Heibdrin für Bekämpfung der Invaliden von der Krankenversicherungspflicht.

Diese Behauptung, die zum eisernen Bestand des „geistigen“ Waffenarsenals der „Christlichen“ gehört, wird ebenfalls wider besseres Wissen erhoben. Das Statut von 1900, welches von den „Christlichen“ und Besenältesten gegen die Stimmen der Verbandsältesten, welche damals noch die Minderheit hatten, angenommen wurde...

Köster hat für Klagerhebung im A der Witwe Zimmering gestimmt.

Die „Christlichen“, daß das irrtümlich geschähen und Forderung rückgängig zu machen suchte, wogegen sich aber die Ältesten wandten, weil sie sich den selten Agitationsnachteilen lassen wollten, sagen sie nicht. Köster hat sofort antwortend geäußert, die Frage habe auf Verwilligung gelaufen...

Franz Hüskes.

Meineidsgesellschaft mit beschränkter Haftung hat abzugeben. Diese Worte sprach der „Christliche“ Sekretär des Bergarbeitervereins, Franz Hüskes am 19. August nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses bezüglich der Wahl der Verbandsältesten...

ist, ihre Lage und die Lage ihrer „Christlichen“ Mitbrüder zu verbessern, hat noch niemand gegen sie erhoben und der sie erhoben hat, kann sie nicht nur nicht beweisen, sondern ist alles andere, als ein Mann, der überhaupt das Recht hätte, über andere ein ungünstiges Urteil zu fällen...

Dortmund, den 27. August 10.

H. Wächter.

Welter Kollege! Es wäre mir sehr angenehm, wenn ich mit Ihnen eine Unterredung haben könnte.

Wollen Sie mir bitte auf beiliegender Karte mitteilen, wann und wo ich Sie sprechen kann. Ich möchte gerne ungehindert Mitteilung haben, damit ich mich mit meiner Zeit einrichten kann.

Mit freundlichem Gruß auf Ihr ergebener Franz Hüskes, Sekretär im Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter.

Der „ergebene“ Franz Hüskes hat also die Absicht, mit den Leuten zu verhandeln, die er in solch gemeiner Weise befehdt, nur halte Wächter es aus Meinlichkeitsgründen — und mit Recht — abgelehnt, sich mit einem solchen Manne an den Tisch zu setzen...

Ordnung.

für die Wahl der Knappschafftsältesten und deren Stellvertreter im Bereiche des Allgemeinen Knappschafftsvereins zu Bochum.

Gemäß § 90 Absatz 2 der Satzung werden über das Verfahren bei der Wahl der Knappschafftsältesten nachstehende Bestimmungen getroffen.

§ 1. Zur Wahl berechtigt sind gemäß § 86 Absatz 1 der Satzung die in dem Wahlsprengel wohnhaften, männlichen, heilungsfähigen, volljährigen (21 Jahre alten), im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Mitglieder der Kranken- oder Pensionistenklasse...

§ 2. Die Wähler können ihr Wahlrecht nur persönlich ausüben und ihre Stimme nur für den betreffenden Sprengel, an der für diesen bestimmten Wahlstelle abgeben.

§ 3. Vor jeder Wahl sind Listen der zum Sprengel gehörigen zur Teilnahme an der Wahl berechtigten Mitglieder aufzustellen. Die Wählerlisten werden durch die Bechenverwaltung aufgestellt und unterliegen der Bestätigung durch die Knappschafftsverwaltung...

§ 4. Der Knappschafftsvorstand erläßt die Bekanntmachung über die Wahl, aus der Ort, Tag und Stunde der Wahl, die Begrenzung des Wahlsprengels und die Person des Wahlvorstehers ersichtlich sein muß.

§ 5. Die Wahl erfolgt an dem Wahltage von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 4 bis 7 Uhr nachmittags. Pünktlich um 12 bzw. 7 Uhr wird die Stimmabgabe geschlossen.

§ 6. Die Wahl wird entweder von einem Beamten des Vereins oder von einem durch die Verwaltung besonders zu ermächtigenden Verwaltungsbeamten (Wahlvorsteher) geleitet.

Der Wahlvorsteher ernannt aus der Zahl der erschienenen Wähler zwei Weisler, die der Wahlhandlung beizuwohnen haben. Ueber die Wahlhandlung ist eine Niederschrift nach dem vom Knappschafftsvorstand vorgefertigten Vordruck aufzunehmen...

§ 7. Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nimmt, ist so aufzustellen, daß derselbe von allen Seiten zugänglich ist. Auf diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Einlegen der Stimmzettel und ein anderes zur Aufnahme der Ausweisscheine gestellt.

§ 8. Die Stimmzettel, mittelst deren die Wahl ist, sind außerhalb der Wahlstelle mit dem Namen des Wählers um das Ältestenam, welchem der Wähler seine Stimme geben will, auszufüllen. Wählbar sind nur Pensionistenklassenmitglieder...

§ 9. Während der Wahlhandlung, welche ungekört stattfinden muß, dürfen an der Wahlstelle weder Erörterungen und Auseinandersetzungen stattfinden oder Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden.

§ 10. Ausgenommen hiervon sind die Verhandlungen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäfts bedingt sind.

§ 11. Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an welchem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen, übergibt dem Wahlvorsteher den Ausweisschein und darauf den vorher zusammengefalteten Stimmzettel einem Mitgliede des Wahlvorstandes, welches denselben uneröffnet in das auf dem Tisch stehende und dazu bestimmte Gefäß legt.

§ 12. Um 7 Uhr nachmittags erklärt der Wahlvorsteher die Wahlhandlung für geschlossen. Nachdem dies geschehen ist, dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden. Die Stimmzettel werden aus der Wahlurne genommen und uneröffnet gezählt.

§ 13. Sodann erfolgt die Eröffnung der Stimmzettel. Ein Mitglied des Wahlvorstandes entfaltete jeden Stimmzettel einzeln, liest den darauf bezeichneten Namen laut vor und übergibt ihn dem Wahlvorsteher, welcher denselben, nachdem er sich von der Richtigkeit des betreffenden Namens überzeugt, bis zum Ende der Wahlhandlung aufhebt.

Der Schriftführer nimmt den Namen jedes Gewählten in die Wahlhandlung auf, vermerkt neben demselben jede dem Gewählten zufallende Stimme und zählt dieselbe laut.

§ 14. Ungültig sind: 1. Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten; 2. Stimmzettel, welche mehr als zwei Namen enthalten; 3. Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unambigüelhaft zu erkennen ist; 4. Stimmzettel, welche einen Einspruch oder Vorbehalt enthalten; 5. Stimmzettel für andere Wahlsprengel.

Ueber die Gültigkeit einzelner Stimmzettel entscheidet der Wahlvorstand. Die Stimmzettel, über deren Gültigkeit es einer Beschlußfassung bedürft hat, werden mit fortlaufenden Nummern versehen, der Wahlhandlung beigegeben, in welcher die Gründe kurz anzugeben sind, aus denen die Ungültigkeitserklärung erfolgt oder nicht erfolgt ist.

§ 15. Als gewählt gelten diejenigen zwei wählbaren Personen, welche die relativ meisten Stimmen auf sich vereinigen und zwar ist derjenige, welcher unter diesen beiden die meisten Stimmen erhalten hat, als Knappschafftsältester, dagegen der andere als Ersatzmann gewählt. Haben beide Personen gleich viel Stimmen erhalten, so entscheidet das Los darüber, welche Person als Ältester und welche als Ersatzmann gewählt ist.

§ 16. Der gewählte Älteste wird von der auf ihn entfallenden Wahl durch die Wahlvorsteher in Kenntnis gesetzt und hat, wenn er sich nicht sofort entschließen kann, dem Allgemeinen Knappschafftsverein innerhalb acht Tagen die Annahme oder Ablehnung der Wahl anzugeben. Die Ablehnung der Wahl ist nach § 87 Absatz 2 der Satzung nur aus denselben Gründen zulässig, aus welchen das Amt eines Vorstandsmitgliedes abgelehnt werden kann.

§ 17. Erscheint niemand im Wahltermin oder wohnen in dem Sprengel keine wahlberechtigten Mitglieder, so bestimmt der Knappschafftsvorstand den Knappschafftsältesten für den Sprengel.

§ 18. Die Wahlhandlung ist mit den abgegebenen Stimmzetteln und Ausweisscheinen spätestens drei Tage nach dem Wahltage an den Allgemeinen Knappschafftsverein zu befördern. Der Wahlvorsteher ist für pünktliche Ausführung dieser Vorschrift verantwortlich.

Wir bitten unsere Kameraden, besonders die am Wahltage tätigen Funktionäre unseres Verbandes, sich vorliegende Wahlordnung aufzuwahren, damit sie sich am Wahltage danach richten können.

Da die Wahlhandlung öffentlich sein muß, können selbstverständlich Kameraden anwesend sein, um die Wahl zu kontrollieren. Es sind aber die Bestimmungen des § 10 Absatz 1 der Wahlordnung zu beachten. Sollten trotzdem einzelne Wahlvorsteher unsere Leute aus dem Wahlsprengel zu weisen versuchen, so wolle man der Verbandsleitung telephonisch Mitteilung davon machen.

Mit dem Heinrich-Brief

hat sich die christliche Gewerkschaftsleitung böse in die Fesseln gelegt. Nicht nur, daß die Ruhrbergarbeiter mit verständnisvoller Anteilnahme von dem Brief Kenntnis genommen hat, was die Versammlungen zeigen, sondern vom richtigen Instinkt ausgehend, wird dem christlichen Gewerkschaftsverein selbst das Nachwort in die Schuhe geschoben...

Falsche Zahlen

werden von der Gewerkschaftsleitung über den Ausfall der Sicherungsarbeiten veröffentlicht. Wir kommen auf sie in nächster Nummer zurück.

Ein schönes Eingekündnis.

In einer am letzten Sonntag stattgefundenen Versammlung sprach der Zentralabgeordnete Gauer mann über die Knappschaffsituation...

Das liegt (die Sachlichkeit) daran, weil ich nicht an der Zentrale des christlichen Gewerkschafts beschäftigt bin!

Mitteilung der Redaktion.

Der letzte „Bergknappe“ enthält auch eine Anzahl Artikel, die von persönlichen Beschimpfungen der Verbandsleiter trafen...

Verbandsnachrichten.

Den dieswöchentlichen Zeitungsartikeln liegt für das Ruhrgebiet ein Kuvert bei. Die Zeitungsboten werden ersucht, dasselbe an den ersten Vertrauensmann abzugeben.

Wegen Disziplinbruch sind die Mitglieder Wilhelm Rehermann, Hauptnummer 20987, Josephine Heberich und Karl Hilbert Massen, Hauptnummer 58705, aus dem Verbands ausgeschlossen.

Alteneffen. Die Mitgliederversammlung findet nicht am Sonntag, 11., sondern Sonntag, 18. September, statt.

Wesrop. Die Jahrestellerversammlung findet nicht am Sonntag, 11., sondern Sonntag, 18. September, nachmittags 6 Uhr, statt.

Homburg (Nord) und Brunnhagen. Zusammenkunft der Verbandskammeraden für Sprengel Nr. 71 vormittags 8 1/2 Uhr...

Homburg (Süd). Zusammenkunft der Verbandskammeraden für den Sprengel 72 vormittags 8 1/2 Uhr, beim Wirt S. Warteimay.

Werne a. d. L. Die Geschäfte der Zahlstelle führt jetzt der Kamerad Hermann Leistner. Die Krankenunterstützung wird jeden dritten Sonntag, vormittags von 11 bis 1 Uhr, in seiner Wohnung...

Adressenveränderungen.

Wesenberg. Der Vertrauensmann Reinhardt wohnt jetzt Wesenberg-Süd Nr. 6 1/2.

Werne a. d. L. Der Kassierer August Lenz wohnt Werne, Werlamp.

Büchervervision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen...

Wesrop. Vom 10. bis 26. September.

Homburg (Süd). Vom 15. bis 25. September.

Wesenberg. Vom 10. bis 30. September.

Wesenberg. Vom 15. bis 30. September.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuerlage.

In allen mit einem * versehenen Versammlungen lautet die Tagesordnung: „Stellungnahme zu den Knappschaffsältestenwahlen.“

Wesenberg. Jeden zweiten Sonnabend, abends 6 Uhr, im Gasthof Burgberg.

Wesenberg. Jeden zweiten Sonnabend im Monat, im Gasthof Burgberg.

Wesenberg. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Gewerkschaftshaus, Gärberstraße.

Wesenberg. Jeden Sonntag nach dem Festtag, vormittags 10 Uhr, im Gasthof...

Wesenberg. Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, abends 6 1/2 Uhr, und jeden zweiten Sonntag nach dem 10. nachmittags 4 Uhr...

Jeden Sonntag nach dem 5. des Monats: Glettwitz. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Frau Fischer.

Jeden Sonntag nach dem 10. des Monats: Wesenberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Ant. Schmidt...

Jeden zweiten Sonntag im Monat: Wittenberg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Stademann...

Wittenberg. Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kellerberg, Steinstraße. Alteneffen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kassenberg...

Wittenberg. Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kellerberg, Steinstraße. Alteneffen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kassenberg...

Wittenberg. Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kellerberg, Steinstraße. Alteneffen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kassenberg...

Wittenberg. Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kellerberg, Steinstraße. Alteneffen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kassenberg...

Wittenberg. Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kellerberg, Steinstraße. Alteneffen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kassenberg...

Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen.

Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen. Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen.

Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen. Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen.

Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen. Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen.

Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen. Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen.

Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen. Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen.

Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen. Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen.

Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen. Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen.

Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen. Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen.

Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen. Homburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. B. Janzen.

Oeffentl. Knappschaffsmitgliederversammlungen

Sonntag, den 11. September 1910: Wesrop. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schwimmer.

Wesenberg. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Sandgathe. Wittenberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomann...

Wittenberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomann. Wittenberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomann...

Wittenberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomann. Wittenberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomann...

Wittenberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomann. Wittenberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomann...

Wittenberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomann. Wittenberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomann...

Wittenberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomann. Wittenberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomann...

Die Bochumer Gewerkschafts-Bibliothek ist geöffnet jeden Sonntag, vormittags von 9 1/2 bis 12 1/2 Uhr...

Brambauer. Sonntag, den 11. September, nachm. 4 1/2 Uhr, versammeln sich die Mitglieder im Vereinslokale zum Abmarsch...

Beerdigungs-Anzeigen. Formulare zum Ausfüllen für die einzelnen Zahlstellen 100 Stück 50 Pf.

Aus der Tiefe. Arbeiterbriefe von Ad. Leventin. Bergarbeiter schildern darin ihr trauriges Los!

Ein Sortiment Lieder. Passend zu Waffengefängen bei Zahlstellenfestlichkeiten, nach bekannten Melodien 100 Stück 50 Pf.

Bergarbeiter-Versammlungen. Sonntag, den 11. September 1910: Erdeborn. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Döring...

Zahlstellen-Seste. Stiepel I u. II. Sonntag, den 25. September, nachm. tags Festzug, Konzert, Theater, Gesangvortrügen...

Wattenscheid. Sonntag, den 11. September, im Lokale der Witwe Redde: Zahlstellenfest, bestehend in Festzug, Konzert, Gesangvortrügen und Ball...

Gewerkschaftshaus Hamburg. Wir empfehlen den Genossen unser neu eingerichtetes Hotel. Unsere Herberge bringen wir den reisenden Genossen in empfehlender Erinnerung...

„In freien Stunden“. Illust. Romanbibliothek für das arbeitende Volk. In Wochenheften, je 24 Seiten, für 10 Pf.

„In freien Stunden“. Illust. Romanbibliothek für das arbeitende Volk. In Wochenheften, je 24 Seiten, für 10 Pf.

„In freien Stunden“. Illust. Romanbibliothek für das arbeitende Volk. In Wochenheften, je 24 Seiten, für 10 Pf.